

Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Manfred Funke

Universität und Zeitgeist im Dritten Reich

Eine Betrachtung zum politischen Verhalten von Gelehrten

Rainer Brämer

Heimliche Komplizen?

Zur Rolle der Naturwissenschaften im Dritten Reich

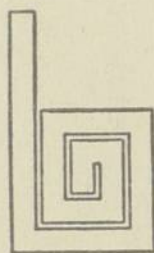
B 12/86
22. März 1986

Funke, Manfred, Dr. phil., geb. 1939; Studiendirektor im Hochschuldienst am Seminar für Politische Wissenschaft der Universität Bonn; Redaktionsleiter der „Bonner Schriften zur Politik und Zeitgeschichte“.

Veröffentlichungen u. a.: Sanktionen und Kanonen. Hitler, Mussolini und der internationale Abessinienkonflikt 1934—36, 1971²; (Hrsg.) Hitler, Deutschland und die Mächte. Materialien zur Außenpolitik des Dritten Reiches, 1978²; (Hrsg.) Totalitarismus. Ein Studien-Reader zur Herrschaftsanalyse moderner Diktaturen, 1978; (Hrsg. mit K. D. Bracher und H.-A. Jacobsen) Nationalsozialistische Diktatur 1933—1945. Eine Bilanz, 1983. Ferner Editionen zum „Extremismus“, „Terrorismus“ und zur „Friedensforschung“.

Rainer Brämer, Dr. rer.nat., Diplom-Physiker, geb. 1943; Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Forschungsgruppe DDR am Fachbereich Erziehungswissenschaften und Lehrbeauftragter für Bildungs- und Wissenschaftssoziologie an der Universität Marburg.

Veröffentlichungen: Zahlreiche Aufsätze und Buchbeiträge zu physikalischen sowie bildungs- und wissenschaftssoziologischen Themen, u. a.: (zusammen mit Armin Kremer) Physikunterricht im Dritten Reich, Marburg 1980; Anspruch und Wirklichkeit sozialistischer Bildung — Beiträge zu Soziologie des Bildungswesens in der DDR, Marburg 1983; (zusammen mit Georg Nolte) Die heile Welt der Wissenschaft — Zur Empirie des „Typischen Naturwissenschaftlers“, Marburg 1983; (als Herausgeber und Koautor) Im Osten nichts Neues? Naturwissenschaft und Technik in der DDR, Schwerpunktthema Wechselwirkung, 7 (1985) 25.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion: Paul Lang, Karl-Heinz Resch, Rüdiger Thomas (verantwortlich), Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62—65, 5500 Trier, Tel. 06 51/460 40, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich einschließlich Mehrwertsteuer; bei dreiwöchiger Kündigungsfrist zum Quartalsende;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer;
- Bestellungen von gebundenen Bänden der Jahrgänge 1983 und 1984 zum Preis von DM 25,— pro Jahrgang (einschl. Mehrwertsteuer) zuzügl. Versandkosten.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Universität und Zeitgeist im Dritten Reich

Eine Betrachtung zum politischen Verhalten von Gelehrten

Literaturhinweise zum aktuellen Forschungsstand

Folgendes trug sich vor einiger Zeit an der Bonner Universität zu: Ein hochverdienter Gelehrter wurde im Rahmen eines akademischen Festaktes geehrt. Der Redner führte seine Laudatio mit dem Satz zum Höhepunkt, daß der Jubilar vor 1945 kein Wort gesagt habe, das er nach 1945 hätte zurücknehmen müssen. In den Beifall hinein murmelte ein dem so Geehrten etwa gleichaltriger Professor: „Wenn einer nichts sagt, braucht er auch nichts zurückzunehmen!“

Die damit bei seiner um ihn sitzenden Schülerschar ausgelöste Befremdlichkeit führte zu einem Gespräch und der Überlegung, diesen Protest gegen wohlfeilen Beifall in einem Streitgespräch öffentlich zu erläutern. Die Reaktion erschöpfte sich in einem: „Ach, ich will nichts gesagt haben!“ und einer Hinzufügung: „Natürlich haben wir alle mitgemacht. Irgendwie. Doch Ihr jungen Leute vergeßt dabei, daß wir im Dritten Reich viel mehr hätten werden können, wenn wir alle Partei-Offerten angenommen hätten!“

An dieses Erlebnis wurde ich ständig bei der Sichtung des Materials zur vorgegebenen Fragestellung erinnert. Erinnert durch einen eigentümlichen Befund insofern, als man aus großer Distanz kein auf Anheb hervorstechendes Verhaltensprofil der Professorenschaft ausmachen kann. Von der Standestypologie her spielten Professoren im zum Staatsstreich fähigen Widerstand ebensowenig eine Rolle wie in den Führungszirkeln der Partei, SA oder SS. Das zeitweilig enge Verhältnis von Rudolf Hess zu den Geopolitikern Karl und Albrecht Haushofer blieb auf Hitler selbst ohne ersichtliche Rückwirkung. Es gab an den Hochschulen ideologische, vor allem dem Rassismus verpflichtete Aktivisten, aber auch höchst vielfältige Varianten der Distanz und Ablehnung. Es fehlt somit eine im Gelehrtenstand erkennbare Verhaltenseindeutigkeit, wie sie für andere Eliten des Dritten Reiches durch den Nürnberger „Ärzte“- , „I. G. Farben“- oder „Wilhelmstraßen“-Prozeß extrapolierbar wurde.

Dieses Fehlen auffälliger Eindeutigkeit verpflichtet zur Ermittlung eines Indizien-Ensembles. Schon allein deswegen, weil es bislang keine Gesamtdarstellung der deutschen Universitäten im Dritten Reich gibt, jedoch andererseits eine große Zahl von Einzeluntersuchungen und Auf-

sätzen vorliegt, die zwar noch keinen faktenge-sättigten Beitrag zur Zeitgeistforschung abgeben, aber doch etwas mehr erlauben als nur einen Schattenriß des politischen Verhaltensprofils. Daß gleichwohl nicht jeder Einzelfall seine Dekkung im allgemeinen Urteil finden wird, sei mit einem Zitat illustriert aus einer trotz (oder gerade deswegen?) der Distanz von Jahrzehnten überaus leidenschaftlichen Abrechnung des Historikers Alfred Heuß. In seinem Werk „Versagen und Verhängnis“ bekennt er, daß die Professoren sich nicht „mit offener Brust vor die Republik stellten“ und sich damit nicht anders verhielten als die bürgerlichen Parteien, die für das Ermächtigungsgesetz stimmten. „Die Peinlichkeit lag anderswo, nämlich in der Preisgabe der wissenschaftlichen Autonomie, denn darum handelte es sich, wenn sich keineswegs alle, aber doch eine beträchtliche Anzahl Gelehrter von der Altertumswissenschaft bis zur Rechtsphilosophie bemüßigt sah, irgendwie wissenschaftlich zu signalisieren, daß sie mit von der Partie seien. Da wurde auf einmal die Rasse in der Antike entdeckt von Leuten, die das Wort vorher nie in den Mund genommen hatten, und Köpfe von Rang verstiegen sich zu Redeweisen, die nach einem Jahrzehnt für alle Welt und für sie selber am meisten die pure Peinlichkeit waren.“¹⁾

Wie ist dies erklärbar? Die Schritte zur Einsicht gelingen über eine Vergewisserung des Forschungsstandes, der hier exemplarisch anzuzeigen ist.

Unter dem von Herbert Döring kommentierten Schrifttum, das bis 1974 erschienen ist (Neue Politische Literatur, 1974, 19, S. 340—352), bleibt für diesen Zusammenhang weiterhin hervorhebenswert: Ernst Nolte, Zur Typologie des Verhaltens der Hochschullehrer im Dritten Reich. Dieser Aufsatz erschien zuerst in „Aus Politik und Zeitgeschichte“ (B 46/65), danach wieder in der Aufsatzsammlung Ernst Noltens, Marxismus, Faschismus, Kalter Krieg (Stuttgart 1976). Über die Hinwendung zum Nationalsozialismus von Studentenschaft und Professoren einer „gekränkten Nation“ berichtet eindringlich Helmut Kuhns

¹⁾ Alfred Heuß, Verhängnis und Versagen, Berlin 1984, S. 106.

Beitrag „Die deutsche Universität am Vorabend der Machtergreifung“ in der „Zeitschrift für Politik“ (Jg. 13, NF, H. 3, 1966). Kuhns Artikel eröffnet auch den Sammelband „Die deutsche Universität im Dritten Reich“. Eine Vortragsreihe der Universität München (1966). Ein weiterer Sammelband „Deutsches Geistesleben und Nationalsozialismus“ faßt die Vorträge zusammen, die an der Universität Tübingen im Wintersemester 1964/65 gehalten wurden; Andreas Flitner zeichnet als Herausgeber. Eine wichtige Erweiterung des Themas bietet der Band „Nationalsozialismus und die deutsche Universität“. Er vereinigt die Vorträge der Universitätstage 1966 an der Freien Universität Berlin; darunter ist besonders beachtenswert der Beitrag von Karl Dietrich Bracher, Die Gleichschaltung der deutschen Universität.

Da das Verhalten der Professorenschaft im Dritten Reich ohne die Erlebniswelt der Weimarer Republik unverständlich bleibt, sei hier hingewiesen auf Klaus W. Wippermann, Die Hochschulpolitik in der Weimarer Republik — Die politische Stellung der Hochschullehrer zum Staat (Politische Studien, 20. Jg., 1969). Eine sehr umfassende Darstellung des Forschungsertrags findet sich bei Paul Egon Hübinger, Thomas Mann, die Universität Bonn und die Zeitgeschichte (München 1974). Gleiches gilt für das Werk von Uwe Dietrich Adam „Hochschule und Nationalsozialismus. Die Universität Tübingen im Dritten Reich“ (Tübingen 1977). Als Beiträge zur Zeitgeistforschung sind besonders wichtig: Karl Dietrich Bracher, Zeit der Ideologien. Eine Geschichte politischen Denkens im 20. Jahrhundert, Stuttgart 1982 (bes. Kapitel II: Intellektuelle und Diktatoren); Kurt Töpner, Gelehrte Politiker und politisierende Gelehrte. Die Revolution von 1918 im Urteil der Hochschullehrer (Göttingen 1970); Michael Kater, Studentenschaft und Rechtsradikalismus in Deutschland 1918—1933. Eine sozialgeschichtliche Studie zur Bildungskrise in der Weimarer Republik (Hamburg 1975); Bernd Faulenbach, Ideologie des deutschen Weges. Die deutsche Geschichte in der Historiographie zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus (München 1980); David Schoenbaum, Die Braune Revolution. Eine Sozialgeschichte des Dritten Reiches (1968, dtv-Zeitgeschichte Nr. 1590, 1980); Ulrich Heinemann, Die verdrängte Niederlage. Politische Öffentlichkeit und Kriegsschuldfrage in der Weimarer Republik, Göttingen 1983; Fritz K. Ringer, Die Gelehrten. Der Niedergang der deutschen Mandarine 1890—1933 (Stuttgart 1983); Christian Graf von Krockow, Scheiterhaufen. Größe und Elend des deutschen Geistes (Berlin 1983); Horst Möller, Exodus der Kultur. Schriftsteller, Wissenschaftler und Künstler in der Emigration nach 1933 (München 1984); Thomas Ellwein, Die deutsche

Universität. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart (Königstein 1985). Ferner ist auf die Literaturangaben zu unserem Thema zu verweisen bei Gerhard Schreiber, Hitler. Interpretationen 1923—1983 (Darmstadt 1984). Sehr umfassende Hinweise bietet Harm Klueting in seinem Beitrag in der Historischen Zeitschrift, Bd. 242, H. 1, Februar 1986; der Titel lautet „Vernunftrepublikanismus“ und „Vertrauensdiktatur“: Friedrich Meinecke in der Weimarer Republik.

Sehr ausführliche Angaben finden sich an leider etwas entlegener Stelle: Lawrence D. Stokes, Professionals and National Socialism: The Case Histories of a Small-Town Lawyer and Physician 1918—1945 (German Studies Review, Vol. VIII, Nr. 3, 1985). Zum aktuellen Diskussionsstand um die Einzeldisziplinen der Wissenschaft vgl. Jörg Tröger (Hrsg.), Hochschule und Wissenschaft im Dritten Reich (Frankfurt/M. 1984); Peter Lundgreen (Hrsg.), Wissenschaft im Dritten Reich (Frankfurt/M. 1985).

Zur lokalen Universitätsgeschichte von exemplarischer Bedeutsamkeit führen Dorothee Mußnug, „Die Universität Heidelberg zu Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft“ und Eike Wolgast „Das Dritte Reich“; beide Artikel befinden sich im Band 3 des Jubiläumswerkes von Wilhelm Doerr u. a. (Hrsg.) „Semper apertus. 600 Jahre Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg 1386—1986“ (Berlin 1985); dazu eine dezidierte Ergänzung von Christian Jansen, „Auf dem Mittelweg nach rechts. Akademische Ideologie und Politik zwischen 1914 und 1933“, in: Karin Buselmeier u. a. (Hrsg.), Auch eine Geschichte der Universität Heidelberg (Mannheim 1985). Trotz des zuweilen penetranten Entlarvungshochmutes bleibt wegen der Faktenvielfalt gültig: Hans Peter Bleuel, Deutschlands Bekenner. Professoren zwischen Kaiserreich und Diktatur (Erstauflage Bern 1968). Die Fülle der alle Fakultäten betreffenden Dokumente und Quellenauszüge macht — gerade auch für den Unterrichtseinsatz — unentbehrlich: Léon Poliakov/Josef Wulf, Das Dritte Reich und seine Denker (1959, Berlin 1983).

Ohne hier alle Zweige der Wissenschaft bibliographisch würdigen zu können, erscheint die Heraushebung wichtiger Schlüsselpublikationen sinnvoll. Für den Bereich der Naturwissenschaften gelten als Standardwerke: Karl-Heinz Ludwig, Technik und Ingenieure im Dritten Reich (Düsseldorf 1974); Alan D. Beyerchen, Scientists under Hitler. Politics and the Physics Community in The Third Reich (1977, deutsch erschienen als Ullstein Buch Nr. 34098 unter dem Titel „Wissenschaftler unter Hitler“, zur Zeit vergriffen, deshalb der Originaltitel). U. a. erfährt Beyerchens Werk eine umfassende Erörterung in „Naturwissenschaft, Technik und NS-Ideologie.

Beiträge zur Wissenschaftsgeschichte des Dritten Reiches“, hrsgg. von Herbert Mehrrens und Steffen Richter (Frankfurt/M. 1980). Für den Sektor Chemie und die Verstrickung der Industrieunternehmen ist zu nennen Joseph Borkin, Die unheilige Allianz der I. G. Farben. Eine Interessengemeinschaft im Dritten Reich (Frankfurt/M. 1981).

Für die Rechtswissenschaft ist grundlegend Ernst-Wolfgang Böckenförde (Hrsg.), Staatsrecht und Staatslehre im Dritten Reich (Heidelberg 1985). Daneben ist — gerade für den Unterrichtseinsatz — empfehlenswert als Einführung: Gerhard Fieberg, Justiz im nationalsozialistischen Deutschland (Köln 1984, hrsgg. vom Bundesministerium der Justiz). Im Bereich der Medizin hat endlich die bedrückende Dokumentation von Alexander Mitscherlich und Fred Mielke „Medizin ohne Menschlichkeit“ (Fischer TB 332) eine Hintergrundanalyse gefunden: Fridolf Kudlien u. a. (Hrsg.), Ärzte im Nationalsozialismus (Köln 1985). In diesem Zusammenhang ist unbedingt hinzuweisen auf den verdienstvollen Band von Hans-Martin Lohmann (Hrsg.), Psychoanalyse und Nationalsozialismus. Beiträge zur Bearbeitung eines unbewältigten Traumas (Frankfurt/M. 1984); der Band schildert die Politisierung der Standesorganisation von Psychologie und Psychiatrie.

Auch zur Theologie kann hier lediglich auf die bibliographischen Materialien hingewiesen werden in den beiden ersten Bänden von Klaus Scholder, Die Kirchen und das Dritte Reich, Berlin—Frankfurt/M. 1977/1985. Zu registrieren ist Robert P. Ericksen, Theologians under Hitler: Gerhard Kittel, Paul Althaus, Emanuel Hirsch, Yale 1985.

Daß es im Dritten Reich, wie gemeinhin kolportiert wird, keine „Politikwissenschaft“ gegeben habe, bestreitet lebhaft Johannes Weyer in der „Politischen Vierteljahresschrift“ (H. 4, 1985): Demnach wurde die „Deutsche Hochschule für Politik“ in Berlin 1940 mit der 1936 gegründeten

Auslandshochschule verschmolzen zur Auslandswissenschaftlichen Fakultät an der Universität Berlin. Deren Tätigkeit sowie die vom Deutschen Auslandswissenschaftlichen Institut (DAI) unternommenen Anstrengungen deutet Weyer als eine ab 1943 erkennbare Entwicklung zu einer „von der unmittelbaren politischen Praxis emanzipierten Fachdisziplin“. Hier ist weitere Ermittlung gewiß vonnöten, zumal der dem Lehrkörper verbundene Friedrich Berber gerade 1943 dem „Totalen Krieg“ wortmächtig pathetische Begründungen verleiht („Auswärtige Politik“, Monatshefte des Deutschen Instituts für Außenpolitische Forschung, Berlin, und des Hamburger Instituts für Auswärtige Politik, Hamburg, 10. Jg., H. 4, April 1943).

Zur Lage der Soziologie gibt die wohl gründlichste Information René König, Über das vermeintliche Ende der deutschen Soziologie vor der Machtergreifung des Nationalsozialismus (Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 36. Jg., 1984).

Von gediegener Darstellung und großer Materialfülle ist die Untersuchung „Sprachwissenschaft und Rassenideologie in Deutschland“ der Bielefelder Professorin Ruth Römer (München 1985). Ein Hinweis auf dieses Werk ist schon deshalb unerläßlich, weil die Sprachwissenschaft (Germanistik) wohl am stärksten von allen Fächern dem Geist der NS-Diktatur dienstbar war. Für den Bereich der Kunst empfiehlt sich Reinhard Merker, Die bildenden Künste im Nationalsozialismus. Kulturideologie, Kulturpolitik, Kulturproduktion (Köln 1983). Hier ist, obgleich darin nicht nur Universitätsprofessoren vorgestellt werden, auch die Edition von Karl Corino anzuführen: „Intellektuelle im Bann des Nationalsozialismus“ (Hamburg 1980). Aufmerksam zu machen bleibt ferner auf das Schwerpunktheft „Wissenschaft und Nationalsozialismus“, das Wolf Lepenies für den Herbst 1986 in der Zeitschrift „Geschichte und Gesellschaft“ (H. 3) vorbereitet.

Gleichschaltung und Antisemitismus

Die geistige und materielle Verelendung Weimars wurde auch innerhalb der Professorenschaft zur Schleuse für den Nationalsozialismus. Die Profilschwäche dieser Doktrin erlaubte die Hineininterpretation der eigenen Wünsche, weil Hitler fast allen alles versprach. Unter den etablierten Professoren hatte Hitler höchstens ein Dutzend sich offen bekennender Parteigänger, aber die Ideologiekongruenz war beachtlich (Antisemitismus, Nationalismus, Militarismus). Hinzu kam

die Hoffnung auf eine neokonservative Alternative, die die Professoren als einstige kulturpolitische Meinungsführer wieder aufwerten sollte²⁾. So bestand bei der Machtübertragung auf Hitler nicht im mindesten eine humanistische Abwehrfront und die Gleichschaltung vollzog sich —

²⁾ Konrad H. Jarausch, Students, Society and Politics in Imperial Germany, Princeton 1982, S. 422.

wenngleich hier und da unter Aufmucken und Murren — schnell.

An die Stelle der Hochschulautonomie trat eine „Führerverfassung“. Die Rektoren wurden als Führer der Universität vom Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung ernannt. Die Rektoren beriefen ihrerseits die Dekane als Führer der Fakultäten und übernahmen die Verteilung der Mittel, die zuvor in der Kompetenz des Senats gelegen hatte. Ohne Mitgliedschaft im Reichsdozentenbund und erfolgreiche Absolvierung eines sechswöchigen Dozentenlagers wurde eine Habilitation schwerlich aussichtsreich.

Bereits am 6. Mai 1933 machte Reichsminister Rust in der Aula der Berliner Universität die neue Richtung deutlich: „Ich muß einen Teil der Hochschullehrer ausschalten, auf daß die deutsche Hochschule wieder in der Synthese von Forschung und Führung der Jugend ihre Aufgabe erfüllen kann. Die deutsche Jugend ... sie läßt sich nun einmal von fremdrassigen Professoren nicht führen.“³⁾ Entsprechendes Vorgehen gegen politisch „unzuverlässige“ oder „jüdische“ Professoren ermöglichte das Ermächtigungsgesetz vom 24. März 1933. Es legte „die volle Gesetzgebungsgewalt in seine (des Führers) Hand, womit die Einheit von Regierung und Rechtsetzung hergestellt und der liberaldemokratische Grundsatz der Gewaltenteilung beseitigt wurde“⁴⁾.

Bald folgten das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums und das „Blutschutz“- bzw. „Reichsbürgergesetz“⁵⁾. Sie sanktionierten die Amtsenthebung und das Berufsverbot von ca. 2 000 Gelehrten bis 1938, wobei der quantitative Aspekt kaum der Tatsache Rechnung trägt, daß sich mit der Vertreibung in die Emigration ein Kernverlust der Forschungselite vollzog. Wie sehr die Chance zum Nachrücken die protesthemmende Begehrlichkeit unter den 1933 rund 40 000 stellungslosen Akademikern hochschnellen ließ, bedarf keiner Erläuterung. Zudem betäubte das Gewissen ein traditioneller antisemitischer Affekt, der sich aus der Tatsache auflud, daß bei einem jüdischen Anteil an der Gesamtbevölkerung von ca. 0,8 % (1933) der Anteil der jüdischen Hochschullehrer bei knapp 6 % ran-

gierte und unter den Studenten 4,5 % ausmachte⁶⁾.

„Mit all ihren Leistungen“, erläutert Graf von Krockow, „die die Ohnmacht kompensieren und über die Diskriminierung scheinbar triumphieren, werden Juden zum Symbol: Zum Symbol des Geistes schlechthin. Genau darum trifft sie der Haß.“⁷⁾ Für die Ventilfunktion einer zutiefst verunsicherten Intellektualität wurde der dumpfe Antisemitismus der Straße akademisch aufgezäumt. So geißelte Dr. phil. Karl Holzamer den Faktor der Judenemanzipation als eine liberale und humane Geste, in der sich der Zerfall selbst übertreffe: „Er klügelt und experimentiert hier das Handwerkszeug seiner eigenen Vernichtung aus. Im gleichen letzten Atemholen trägt er die innergeistige Auseinandersetzung, die auf gewisse Schichten des Volkes beschränkt schien, nun in die breiten Volksmassen hinein und ent wurzelt auch diese.“⁸⁾

Folgende rassistische Maßnahmen trafen die Universitäten:

Ab 7. April 1933 werden jüdische Studenten zum Fach Medizin nicht mehr zugelassen. Das Land Baden beurlaubt alle jüdischen Dozenten und Assistenten. Mit Wirkung zum 12. April 1933 können Juden nicht mehr Mitglied der Deutschen Studentenschaft sein. Am 25. April 1933 wird ein Numerus clausus für Nichtarier verfügt, der den Anteil der Studierenden auf den jüdischen Gesamtanteil an der deutschen Bevölkerung rückführt.

Am 20. September 1933 wird Juden die Teilnahme am deutschen Juristentag verboten. Ab 19. Dezember 1933 ist in Preußen für Juden keine Aufnahme an den Hochschulen für Lehrerbildung mehr möglich. Ab 17. Juli 1934 wird die Aberkennung der Doktorwürde zulässig, wenn die deutsche Staatsangehörigkeit entzogen wurde. Am 26. Juli 1934 wird angeordnet, daß die Assistenten-Stellen an den Universitäten Preußens grundsätzlich Ariern vorbehalten bleiben. Seit September 1934 ist in Hessen die Habilitation nur noch bei arischer Abstammung des Bewerbers möglich. Am 13. November 1933 wird verfügt, daß die ärztliche Approbation für Juden nicht mehr erteilt wird. Ein Zeugnis über die Pro-

³⁾ Zitiert nach Thomas Ellwein, Die deutsche Universität. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart, Königstein 1985, S. 234.

⁴⁾ Ernst Rudolf Huber, in: DAS REICH vom 13. 10. 1940.

⁵⁾ Siehe hierzu Uwe Dietrich Adam, Zur Entstehung und Auswirkung des Reichsbürgergesetzes, sowie Lothar Gruchmann, „Blutschutzgesetz“ und Justiz, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 48/85; Herbert A. Strauss/Norbert Kampe (Hrsg.), Antisemitismus. Von der Judenfeindschaft zum Holocaust, Bonn 1985 (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 213).

⁶⁾ Zu den Zahlen vgl. David Schoenbaum, Die Braune Revolution, dtv Zeitgeschichte 1590, S. 306 ff.; Christian Graf von Krockow, Scheiterhaufen. Größe und Elend des deutschen Geistes, Berlin 1983, S. 150 ff. Horst Möller, Exodus der Kultur. Schriftsteller, Wissenschaftler und Künstler in der Emigration nach 1933, München 1984, S. 51 ff.

⁷⁾ Christian Graf von Krockow (Anm. 6), S. 134 f.

⁸⁾ Karl Holzamer, Philosophie als Wissenschaft zur „Lebensmitte“, in: Geist der Zeit. Wesen und Gehalt der Völker. Organ des Deutschen Akademischen Austauschdienstes, 18 (1940), S. 556.

motion als Doktor der Medizin wird Juden erst nach der Auswanderung erteilt. Die Reichshabilitationsordnung vom 13. Dezember 1934 verlangt den Ariernachweis generell. Mit der 2. Verordnung zum Reichsbürgergesetz wird die Entlassung der „Nichtarier“ aus der Lehre an wissenschaftlichen Hochschulen verfügt (Honorarprofessoren, außerordentliche Professoren, Privatdozenten). Seit dem 15. April 1937 werden Juden deutscher Staatsangehörigkeit nicht mehr zur Doktorprüfung zugelassen. Am 9. Juni 1938 wird Juden verboten, Gasthörer an den Universitäten zu sein. Am 20. Oktober 1939 wird befohlen, daß in Doktor-Dissertationen jüdische Autoren nur

dann zitiert werden dürfen, wenn es aus wissenschaftlichen Gründen unumgänglich ist; im Literaturverzeichnis sind deutsche und jüdische Verfasser zu trennen.

Über weitere Isolationsmaßnahmen wird der „bürgerliche“ Tod bald zur physischen Vernichtung. Am 5. November 1942 ergeht die Anordnung: Alle im Reich gelegenen Konzentrationslager sind „judenfrei“ zu machen; sämtliche Juden sind nach Auschwitz und Lublin zu deportieren⁹⁾.

Unterdessen funktionierte die akademische Lebenswelt weiter, so, als sei nichts geschehen.

Herrschaftslegitimation durch Wissenschaft

Rechtswissenschaft

Wie jedes Herrschaftssystem benötigte die NS-Diktatur Legalität und Legitimität, d. h. Rechtfertigungsgründe für ihre permanente Verfügung über den Ausnahmezustand, für ihre Verachtung des Gesetzgebungsweges, für ihr Vergeltungsprinzip im Strafrecht und für den Rassismus ihrer Staatsordnung.

Die Aushöhlung der Weimarer Verfassung gelang mittels folgender Überlegung: Wenn der zentrale Rechtszweck der Verfassung und der in ihr gegründeten Gesetze — nämlich die Gewährleistung der inneren und äußeren Wohlfahrt der Nation — nicht erfüllt wird, entfällt die Rechtsbindung an ein faktisch entleertes Rechtsgut. Folglich war das Weimarer Rechtsverständnis zu ersetzen, hatte es doch durch Gewährleistung von „Gewaltenteilung“, von „Verfassungsneutralität“ im Kampf der extremistischen Parteien und von „Waffengleichheit“ zwischen Staat, Gesellschaft und Einzelbürger die Paralyse des Volkswohls als Folge von Parteienhader und exzessiv verfolgter Verbands- und Individualinteressen selber verschuldet. Folglich durfte das Rechtsdenken nicht mehr von der Freiheit der Personen ausgehen, sondern vom Wohl des Ganzen. Was dies im einzelnen war oder sein sollte, wurde vom Definitionsmonopol des Führers als Inhaber der rechtsetzenden Gewalt entschieden. Carl Schmitt erläuterte: „Soll also das problematische Wort Rechtsstaat auch für den nationalsozialistischen Staat übernommen und durch ihn überwunden werden, so scheint mir die beste und am wenigsten mißverständliche Umprägung in der Formel zu liegen ...: der deutsche Rechtsstaat

Adolf Hitlers.“¹⁰⁾ Zwar wurde dieser erst per Aklamation des Reichstags im April 1942 zum obersten Gerichtsherrn über Deutschland berufen, doch war er dies de facto längst vorher. Auch hier lieferten angesehene Juristen für das ständige Auseinanderdriften von Norm- und Maßnahmestaat Geleitschutz, indem den „Führererlassen“ gegenüber den geltenden Reichsgesetzen „Überlegenheit“ attestiert wurde. Denn der Führererlaß „prägt im höheren Grade die auf sich gestellte Autorität und Verantwortung des Führers, vielfach sogar seinen höchstpersönlichen Gestaltungswillen, und er verzichtet darauf, zum Ausdruck zu bringen, daß die seinen Gegenstand bildende Maßnahme vom Rat und Vorschlag der Gesamtheit der Reichsminister mitgetragen ist“¹¹⁾.

Diese Generalfreiheit für Hitler setzte Ulrich Scheuner 1957 „von der Freiheit des Menschen und der Mäßigung der Staatsgewalt“ als dem Kernmerkmal des Bonner Grundgesetzes ab¹²⁾, während er noch 1939 dem Führerstaat sekundierte: „Für eine Auffassung, die in der Gleichheit ein Grundrecht des einzelnen sieht, ist im heutigen Rechtsdenken kein Raum mehr. Die ganze Vorstellungswelt der Grundrechte, der Entgegensetzung von Individuum und Staat, der Idee eines ursprünglichen und unverletzlichen Freiheitsbereichs der Einzelperson, dessen Erhal-

⁹⁾ Vgl. die Daten bei Joseph Walk (Hrsg.), Das Sonderrecht für die Juden im NS-Staat. Eine Sammlung der gesetzlichen Maßnahmen und Richtlinien, Heidelberg 1984.

¹⁰⁾ Carl Schmitt, Rechtsstaat, in: Hans Frank, Nationalsozialistisches Handbuch für Recht und Gesetzgebung, München 1935, S. 10; ein Indiz für den Eifer, mit dem sich Juristen dem neuen Staat verbanden, liegt wohl auch darin, daß dieses Handbuch mit 1604 Seiten Umfang bereits im Dezember 1934 zum Abschluß gebracht worden war.

¹¹⁾ Werner Weber, Führererlaß und Führerverordnung, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, (1942) 102, S. 135.

¹²⁾ Ulrich Scheuner, Die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland. Ein staatlicher Neubau, in: Schicksalsfragen der Gegenwart, Bd. 2, Tübingen 1957, S. 14.

tung und Sicherung als ein oberstes Ziel des Staates erscheint, . . . widerspricht der nationalsozialistischen Anschauung grundsätzlich, die von dem Vorrang der Volksgesamtheit vor dem einzelnen, von der Pflicht und Notwendigkeit der Einordnung eines jeden Volksgenossen in die große Gemeinschaft der Nation . . . ausgeht. Der Grundrechtsgedanke erfährt deshalb auch heute im deutschen Verfassungsrecht eine einhellige Ablehnung . . . In der nunmehr über alle Lebensgebiete, Eherecht, die politische Stellung, die wirtschaftliche Betätigung, das Recht des Verkehrs sich erstreckenden rechtlichen Absonderung der Juden aus dem Leben des deutschen Volkes ist dieser Gesichtspunkt verwirklicht. Keine Maßnahme hat so sehr wie dieser Ausbau des deutschen Rassenrechts den Wesensunterschied zwischen dem völkischen Gleichheitsdenken und der westlichen Demokratie ausgeprägt.“¹³⁾

An diese Argumentationskette vom rassischen Primat des Ganzen fügte sich konsequent ein autoritäres Strafrecht. Es übte Vergeltung durch das Volk gegen jede Person, die hinter dessen Erfordernissen „zurückblieb“. Dieser Vorwurf traf kollektiv die Juden und ermöglichte somit die Indienststellung des Rechts für deren Vernichtung¹⁴⁾.

Germanistik / Sprachwissenschaft

Zur Legitimation des „Völkischen“ als Urgrund nationaler Eintracht und Wiedergeburt glaubten sich unter den Geisteswissenschaftlern vor allem Sprachwissenschaftler und Germanisten berufen. Die Feier des Heldischen im Untergangsmythos (Hildebrandlied und Nibelungensage), die sich zum Teil mit gewaltigem Sprachglanz türmenden Bekenntnisse zum „Faustischen“ der deutschen Seele sind ebenso auffällig wie das Bemühen um Eigenständigkeit und Absetzung „germanischer“ Rechtsauffassung, Sprach- und Stilformen gegenüber dem „römischen Erbe“.

Solche Tendenzen waren längst vor der Etablierung Hitlers sehr verbreitet und thematisiert. Sie ließen in der Ermöglichung der Bücherverbrennung im Mai 1933 Rachegeleüste gegen jüdische Gelehrte, linke Autoren und einordnungsunwillige Geister wie Thomas Mann aufschäumen. Sie bezeugten eine zutiefst verletzte *deutsche* Inner-

lichkeit ebenso wie die nationalistische Kehre gegen weltbürgerliche Kultur.

Die romantische Verklärung des eigenen Volkes geriet um so mehr zur „deutschen Metaphysik“, als sich die Sehnsucht nach Größe in Hitlers Erfolgen zu erfüllen schien und die überheblichen Autoren der „Schmutz-, Zersetzungs- und Asphaltliteratur“ ihre Strafe erhielten¹⁵⁾. Die so machtvoll erneuerte Bindung zwischen Germanistik und „Volk“ verlangte natürlich in der Stunde der äußeren Anfechtung besondere Lehnstreue. Als Beitrag zum Kriegseinsatz der Geisteswissenschaft wurde der Rassebegriff als zentraler Impuls der Sprach- und Stilforschung postuliert¹⁶⁾. Hermann Pongs nannte als Einsatzziel: „Hier hilft nur eines, was in Deutschland Adolf Hitler gelungen ist: die richtungslose Massenseele durch die formende Urbildkraft der Ehre ins lebendige Volksgefüge zurückzuführen, ihr den Selbstwert zurückzugeben durch die Volksehre, die ‚freie, schöne und adlige Seele‘ vor Gott.“¹⁷⁾

Der solchermaßen besetzte Realitätssinn ließ eine Elite deutscher Germanistik- und Sprachwissenschaft 1941 eine Schlüsselstellung beanspruchen beim „Aufbruch volkhaften Willens“. Wer sich damals alles zur „vom kulturellen und politischen Ethos des Nationalsozialismus getragenen Forschung“ in der Germanistik bekannte, hat Ruth Römer in ihrem im Ergebnis niederdrückenden Werk aufgeführt. Die dort zu findenden Personen gehören zu jenen Sprachwissenschafts- und Literaturprofessoren, die bis heute zu den angesehensten ihres Faches zählen. Nur wenige Germanisten entzogen sich — wie Friedrich Beißner, Max Kommerell oder Walther Rehm. „Wie die Forschung inzwischen gezeigt hat“, resümiert Ruth Römer, „war es möglich, sich zu entziehen . . . War ein Universitätsprofessor, war ein Assistent ernstlich bedroht, wenn er sich auf das hethitische Passiv, auf Nürnberger Ratsurkunden, auf die Namen der Libelle warf und die NS-Zeit zu überbrücken suchte, von der doch nach kurzer Zeit abzusehen war, wie sie enden würde? Wir haben darüber kein, noch kein Urteil.“¹⁸⁾ In die Urteilsfindung wäre indes einzu beziehen, daß man eben nicht wußte, wie es en-

¹³⁾ Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, (1939) 99; hier zitiert nach Martin Hirsch u. a. (Hrsg.), Recht, Verwaltung und Justiz im Nationalsozialismus, Köln 1984, S. 241 ff.

¹⁴⁾ Verwiesen werden kann hier lediglich auf Karl Peters, Die Umgestaltung des Strafgesetzes 1933—1945, in: Andreas Flitner (Hrsg.), Deutsches Geistesleben und Nationalsozialismus, Tübingen 1965; Redaktion Kritische Justiz (Hrsg.), Der Unrechtsstaat. Recht und Justiz im Nationalsozialismus, Frankfurt/M. 1979; Hinrich Rüping, Bibliographie zum Strafrecht im Nationalsozialismus, München 1985.

¹⁵⁾ Neben den schon einleitend genannten Werken von Paul Egon Hübinger und Christian Graf von Krockow sei hier exemplarisch verwiesen auf: Richard Drews/Alfred Kantorowicz (Hrsg.), Verboten und verbrannt. Deutsche Literatur 12 Jahre unterdrückt, München 1983 (Neuausgabe).

¹⁶⁾ Heinz Kindermann, Deutsche Literaturwissenschaft, in: DAS REICH vom 29. 6. 1941.

¹⁷⁾ Hermann Pongs, Die Gemeinsamkeit der europäischen Literatur, in: Auswärtige Politik, (1944) 11, S. 338.

¹⁸⁾ Ruth Römer, Sprachwissenschaft und Rassenideologie in Deutschland, München 1985, S. 178 ff.; ein Teilergebnis der großen Forschungsleistung Ruth Römers findet sich in ihrem Beitrag „Der Germanenmy-

den würde und sich die Bedrohlichkeit des Unge-
wissen in einer spezifischen Widerstandsunfähig-
keit erwies, die noch zu erläutern sein wird. Doch
gilt noch zunächst ein weiterer Blick der Ge-
schichtswissenschaft und dem Maße ihrer Ver-
säulung mit dem NS-System.

Geschichtswissenschaft

Am 18. Mai 1940 hielt Walter Frank, Leiter des
Reichsinstituts für die Geschichte des neuen
Deutschlands, eine Grundsatzrede in der Alten
Aula der Berliner Universität. Das Thema laute-
te: „Die deutschen Geisteswissenschaften im
Kriege!“ Diese Ansprache ist als Erkenntnis-
schlüssel für die innerste Beziehungsqualität zwi-
schen den Historikern und dem Hitler-Regime
anzusehen.

Der Charakter der erneuten Abrechnung mit der
„Zunft“, die Frank bereits einmal im Zusammen-
hang mit der Entfernung des Berliner Historikers
Oncken in der Gleichschaltungsphase vorgenom-
men hatte, wies auf die fortdauernde Konflik-
lage hin. Auf die Geschichte des Fachs einge-
hend, geißelte Frank das gelehrte, dem Tages-
kampf abgewandte Streben nach Objektivität:
„Ein großer Irrtum! Denn der Rausch der Schöp-
fung führt immer näher an den Thron der Wahr-
heit als die Klugheit des kleinen Tages.“ Abge-
lehnt wurde „die besitzbürgerliche Wissen-
schaft“, das „Geistreiche“ und „Feinsinnige“;
dagegen wurde die Füllung des „geistigen Hohl-
raumes“ verlangt mit dem unbedingten Einsatz
für die „Totalität“ der ringenden Nation. Frank
drohte und verhiess: „Die ‚Rehabilitation der
Geisteswissenschaften‘ wird kommen, wenn die
nationale Mission der Geisteswissenschaften wie-
der in ihren Trägern brennt. Wer selber brennt,
der zündet an, und wer selbst glaubt, dem wird
geglaubt.“ Frank verwies damit auf einen Nach-
holbedarf, denn die „weltgeschichtliche Umwäl-
zung“ in Deutschland sei „ohne Zutun der hohen
Schulen und der Wissenschaft zustande gekom-
men“¹⁹⁾.

Wie sehr bei aller Gleichschaltung im Organisa-
torischen die Traditionslinien des historiographi-
schen Selbstverständnisses fortwirkten, läßt sich
mit der Gestaltung der „Historischen Zeit-
schrift“, des vornehmsten Fachorgans, andeuten.
Hier finden sich überraschend wenige Belege für
die Folgebereitschaft gegenüber dem Gebot
Franks, die Historiker müßten die „geistige SA“
im neuen Deutschland werden.

thos in der Germanistik der dreißiger Jahre“, in: Beda
Allemann (Hrsg.), Literatur und Germanistik nach der
„Machtübernahme“. Colloquium zur 50. Wiederkehr
des 30. Januar 1933, Bonn 1983.

¹⁹⁾ Walter Frank, Die deutschen Geisteswissenschaften
im Kriege, in: Historische Zeitschrift, (1941) 163, bes.
S. 6, 7, 10.

Natürlich fehlte nicht ein Brückenschlag zum
neuen Geist über die großen Vokabeln von
Volksgemeinschaft, Reich, Großdeutschland und
Versailler Schandfrieden. So bekennt etwa in ei-
ner Rezension der Wiener Historiker Heinrich
Ritter von Srbik: „Ungeheure neue Lebensim-
pulse ersprießen der Geschichtswissenschaft aus
dem revolutionären Umbruch unserer jungen
volklichen Lebensphase. Das politische Werden
von Volk und Reich als Einheit pocht mit starker
Faust an die Pforten einer allzusehr auf sich
selbst gestellten Gelehrtenwelt.“²⁰⁾ Auch dürfen
nicht die antisemitischen Buchbesprechungen un-
genannt bleiben, welche die „Forschungsstelle
für die Geschichte der Judenfrage“ beim Reichs-
institut Franks immer wieder in die Historische
Zeitschrift hineinzwingen konnte. Ebenfalls ha-
ben der Rückzug Meineckes (des Herausgebers
der Historischen Zeitschrift) nach einer Ehrener-
klärung für den von Frank verjagten Kollegen
Oncken und die Berufung Karl Alexander von
Müllers zum neuen Herausgeber als Konzessionen
an die NS-Herrschaft zu gelten. Doch sind
dies spärliche Zugeständnisse, wenn man be-
denkt, mit welchem Anspruch Frank „gegen die
historische Bourgeoisie in Rankes Hermelin“
noch im Februar 1935 im „Völkischen Beobach-
ter“ angetreten war und die „liberalistische Zopf-
gelehrsamkeit“, „das verkalkte Alexandrinertum“
und die Clique einer „sich gegenseitig die
Unsterblichkeit garantierenden Gelehrtenrepub-
lik“ angeprangert hatte. Frank: „Statt sich unter
die Größe der Ereignisse zu stellen, die sich in-
zwischen vollzogen haben, wird heute diese rela-
tivierende Anschauungsweise wieder benutzt, um
sich zum Richter über die Bewegung aufzuwer-
fen. Die echte Objektivität steht bei der national-
sozialistischen Wissenschaft.“²¹⁾

Das Regime verlangte von den Historikern Argu-
mentationshilfe bei drei großen Zielen: die Be-
wußtseinsförderung von der „nordischen Edel-
rasse“; die Propagierung der aus der deutschen
Nationalgeschichte auf Hitler zulaufenden Ent-
wicklung einer Europa dominierenden Reichs-
idee; die Rückführung der abendländischen Kul-
tur auf einen germanisch-nordischen Wurzel-
grund. Aber wie sollte dies alles vernünftig aus
der nebulösen Urgeschichte entwickelt werden?
Selbst der Naive, der Opportunist oder sonstwie
Erfüllungswillige konnte sich der Sachlogik, den
Geboten der Plausibilität, der intellektuellen
Redlichkeit des wissenschaftlichen Handwerkes
schwerlich entwinden. So zeigte die seit 1940 er-
scheinende Neuauflage der „Propyläen Weltge-
schichte“, daß die meisten deutschen Fachhistori-

²⁰⁾ Historische Zeitschrift, (1940) 162, S. 339.

²¹⁾ Nach Hans Rothfels, Geschichtswissenschaft in den
dreißiger Jahren, in: Andreas Flitner (Hrsg.), Deutsches
Geistesleben und Nationalsozialismus, Tübingen 1965.

ker sich in ihrer Geschichtsauffassung durch keine Rassentheorien beirren ließen. In der Einleitung zu dem großen, unvollendeten Werk erwähnt zwar Willy Andreas die „Rasse“, aber ohne nazistischen Zungenschlag. Nicht aus Opposition gegen Hitler, wie Gerhard Ritter meint, sondern einfach deshalb, „weil sich damit faktisch in der eigentlichen Geschichtsschreibung so verzweifelt wenig anfangen ließ“²²). Stärker als die Rassentheorie hat dagegen die völkische Idee auf die Geschichtswissenschaft eingewirkt. Es wurde beispielsweise Mode, „selbst Luthers heroisches Prophetentum nicht etwa aus seiner christlichen Glaubenshaltung, sondern aus nordisch-germanischem Schicksalstrotz zu erklären“²³).

Doch trotz allen Eifers und Bekennens hier und dort zum neuen Glauben an Hitlers Sendung bleibt im Gesamtbild die Tatsache unübersehbar, daß vor der Machtübernahme im Jahre 1933 offenbar kein Universitätshistoriker Mitglied der NSDAP war. Dies gilt wohl auch für die vor 1933 etablierten Lehrstuhlinhaber im Bereich der Alten Geschichte wie Fritz Schachermeyr, Helmut Berve und Wilhelm Weber, die man in der Literatur als prominenteste Fürsprecher des neuen Reiches und der völkischen Erneuerung genannt findet²⁴).

Wie sehr sich auch Hitlers Vorliebe für die griechische Baukunst, die zuchtvolle Härte der Spartaner oder die Tapferkeit Athens gegen persische Übermacht für die nationalsozialistische Erziehung und politische Bewußtseinsbildung mobilisieren lassen mochten, so kann doch von einer substantiellen Nazifizierung der Alten Geschichte schwerlich gesprochen werden. Das zeitweilige Engagement gerade jüngerer Wissenschaftler für den neuen Staat sowie die Anpassung aus beruflichen Zweckerwägungen gestalten den Gesamteindruck eher uneinheitlich. In einer Bilanz des Reichssicherheitshauptamtes für 1938 heißt es: „Auf dem Gebiete der alten und mittelalterlichen Geschichte sind keinerlei Vorstöße im Sinne eines nationalsozialistischen Geschichtsbildes zu verzeichnen. Die Forscher begnügen sich vielmehr, alte wissenschaftliche Enzyklopädien weiterzuführen und für die Aufhellung einzelner Epochen neue wissenschaftliche Beiträge zu liefern.“ Den entsprechenden Zusammenhang resümiert Volker Losemann: „Die vor allen Dingen von Himmler und Rosenberg vorangetriebene Planung und Einrichtung von Instituten und Ar-

²²) Gerhard Ritter, Die Fälschung des deutschen Geschichtsbildes im Hitlerreich, in: Deutsche Rundschau, 70 (1947), S. 13 ff.

²³) Vgl. Gerhard Ritter (Anm. 22), S. 15.

²⁴) Hans Rothfels (Anm. 21), S. 92; vgl. besonders Volker Losemann, Nationalsozialismus und Antike. Studien zur Entwicklung des Fachs Alte Geschichte 1933—1945, Hamburg 1977, S. 48.

beitsgruppen außerhalb der Universitäten ist auch als Eingeständnis des Scheiterns der parteiamtlichen Hochschulpolitik zu werten.“²⁵)

Mit dem Krieg wurde erneut der geschlossene Einsatz der Wissenschaft verlangt, die bis dahin hinter den Geboten der Zeit zurückgeblieben war. Karl Alexander von Müller formulierte Defizit und Auftrag exemplarisch: „Wer möchte verhehlen, daß die deutschen Geisteswissenschaften mit dem Umbruch der Zeit bisher noch am wenigsten Schritt gehalten haben?“ Aber nun rufe das „Geschick“ auch sie an die Front in Europa vor einer im Innersten sich umbildenden Welt. „Wir werden sie nur bemeistern, wenn wir gleich dem deutschen Heer und der deutschen Technik die strengste Zucht der Methode und die gründlichste Gewissenhaftigkeit der Arbeit, die auch unser Stolz sind, durchglühen mit der tiefsten Lebensflamme unserer Zeit, das kostbare Erbe einer großen Überlieferung mit dem Feueratem neuer schöpferischer Leidenschaft.“²⁶)

Naturwissenschaft und Technik

Wenn sich, wie gezeigt, in der Geisteswissenschaft die von Hitler und vor allem von Rosenberg („Der Mythos des 20. Jahrhunderts“) formulierten nordisch-rassischen Elemente wissenschaftlich schlecht objektivieren ließen, so mußten solche Zumutungen dem nüchternen Kalkül des Naturwissenschaftlers und Technikers erst recht als unbrauchbare Erkenntnisimpulse vorkommen. Und dennoch gab es eine erstaunlich glatte Nazifizierung der Standesorganisationen und Institutionen von Wissenschaft und Technik. Die mächtigen Erfolgswogen Hitlers in allen äußerlichen Lebensbereichen spülten bis in die Laboratorien, Institute und Hörsäle hinein. Sie zogen jene mit, die sich eine Stärkung der völkischen Gemeinschaft erhofften, von einer Verschmelzung des Volksgenossen mit dem „unpolitischen“ Wissenschaftler träumten.

Die neue Stoßrichtung zeigt vielleicht stellvertretend für viele Tendenzen dieser Art ein offener Brief, den der Verein der Deutschen Ingenieure am 13. Mai 1933 an Hitler schrieb. Darin gelobte die Vereinsleitung für ihre 30 000 Mitglieder, sich aktiv beim „Wiederaufbau“ des Staates zu beteiligen und bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, bei der Lösung des „Rohstoffproblems“ sowie bei der „Wehrhaftmachung“ mitzuhelfen. Besonders eifrig erwiesen sich vor allem die Ingenieure im Staatsdienst bei den Versuchen, die Großmacht- und Reichsideologie zu aktivieren²⁷). Doch im Willen zur Synthese von meta-

²⁵) Volker Losemann (Anm. 24), S. 178.

²⁶) Karl Alexander von Müller im Vorwort zur Historischen Zeitschrift, (1941) 163, S. 2.

²⁷) Vgl. hierzu Otto Scherzer, Physik im totalitären Staat, in: Andreas Flitner (Hrsg.) (Anm. 14), S. 48 ff.; Karl-Heinz Ludwig, Technik und Ingenieure im Dritten Reich, Düsseldorf 1974, S. 59 ff., S. 113, S. 156.

physischer Staatsautorität und technologischem Sachzwang erwiesen sich bald Schlagwörter wie „Rassismus“, „Deutsche Physik“ oder „Deutsche Mathematik“ als Krampf und Ballast.

Dies galt erst recht für die Grundlagenforschung. Die NS-Funktionäre in den Universitätsorganen konnten sich mit Lenard und Stark auf lediglich zwei weltbekannte Anhänger Hitlers stützen. Doch das wilde NS-Gebaren des Münchner Aerodynamikers Wilhelm Müller, die Verteufelung Einsteins und der „Jüdischen Physik“, die Selbstweihe „des besorgnisvollen Wahrheitswillens der arischen Forscher“ (Lenard), die Pöbeleien des „Schwarzen Korps“ gegen den „weißen Juden“ Heisenberg am 15. Juli 1937 konnten auf Dauer nicht verbergen, daß die schärfsten Parteigänger fachlich nicht zur Spitze gehörten. So kam am Ende eines Streitgesprächs im Hause der Reichsdozentenführung in München im November 1940 ein Burgfrieden zustande: Quantentheorie und Relativitätstheorie fanden Anerkennung als gesicherte und unentbehrliche Bestandteile moderner Physik²⁸).

Unter dem kriegsbedingten Effizienzgebot wurde 1943 der Schutz der Wissenschaft verkündet. 5 000 Physiker und Chemiker wurden aus dem Frontdienst zurückgezogen²⁹. Am 14. Mai 1944

brachte die Zeitschrift DAS REICH einen positiven Bericht über Werner Heisenberg, den großen Gelehrten von unprofessoraler sportiver Jugendllichkeit. Daß sich die NS-Ideologie nicht vor die Fakten der Wissenschaft zwingen konnte und vor allem im Bereich der Kernphysik nicht wollte, ist von besonderer Bedeutung. Hitler und die Reichsführung befahlen nicht, mit aller Macht den seit 1938 theoretisch gesicherten Bau einer Atombombe voranzutreiben. Zeitdruck und Kosten, aber vor allem Hitlers waffentechnologische Verhaftung im Erfahrungshorizont des Ersten Weltkrieges führten bei weitem nicht zu dem, was technisch möglich war. „Uns blieb die Entscheidung erspart, ob wir überhaupt Atombomben bauen wollten.“³⁰) Auch im Bereich der Elektrotechnik (Radar) nutzte Hitler verheißungsvolle Ansätze zu spät oder zu wenig³¹).

Auch hinsichtlich der Vergeltungswaffen kommt eine neuere Studie zu dem Ergebnis, daß es nicht Hitlers Verdienst war, wenn auf diese Pionierleistungen der Technik zurückgegriffen werden konnte³²). Es blieb sogar in den Nischen der Forschung möglich, geistig unabhängig zu arbeiten und für „die Zeit danach“ Vorsorge zu treffen. Offenen Widerstand durften indessen selbst Nobelpreisträger nicht wagen³³).

Zwischen Bejahung, Anpassung und Widerstand

Zur „Kulturkatastrophe ohnegleichen“ hat Gerhard Ritter den Verfall des deutschen Geistes an das Dritte Reich gezählt³⁴). Die Erhellung der Motive dafür verlangt den Rückbezug auf die Erfahrungsreflexe der Weimarer Republik und auf die mentale Disposition der Gelehrten innerhalb ihrer politischen Lebenswelt.

Wie das Volk selbst waren die Hochschullehrer in ihrer Haltung zur Republik gespalten. Doch war die antidemokratische Richtung im Trend aller deutschen Universitäten die stärkere. Persönlichkeiten wie Ernst Troeltsch, Gustav Rad-

bruch, Hermann Heller, Emil Lederer oder Karl Mannheim bildeten eine Ausnahme. Selbst ein sich als „Marxist“ verstehender Werner Sombart warf jeden Studenten, der ihn nicht mit „Herr Geheimrat“ titulierte, aus der Sprechstunde hinaus, wie René König berichtet. Stolz sprachen die Gelehrten von ihrer Universität mit dem Namen des fürstlichen Begründers (z. B. „Albertina“ in Königsberg). Die elitären Einrichtungen der Forschung, die „Kaiser-Wilhelm-Institute“, wurden erst nach dem Zweiten Weltkrieg in Max-Planck-Institute umbenannt.

Die egalitären Ambitionen der Unterschichten, der Wegfall der monarchischen Autoritäten als Garanten machtgeschützter Innerlichkeit, der Abrutsch der Kultur zur Kultiviertheit schuf eine innerste Haltlosigkeit, die sich im politisch-ästhetischen Ressentiment einer gestürzten Klasse mit dem Niedergang der Republik kontinuierlich steigerte. Hatte man sich einst die Privilegien der Kaiserzeit mit einer an Bismarck orientierten Staatsgläubigkeit erdient, sich gar als geistiger Schwertadel des Reiches verstanden, so richtete sich nun die Lehnstreue der beamteten Kulturträger ins Nirgendwo. Die politische Umtrieblichkeit der Republik drängte den Gelehrten aus den Autoritätszentren hinaus, machte ihn zum „marginal man“ (R. Dahrendorf). Allerdings mit dem Er-

²⁸) Vgl. Otto Scherzer (Anm. 27), S. 57.

²⁹) Fritz Ernst, Die Deutschen und ihre jüngste Geschichte, Stuttgart 1963³, S. 103.

³⁰) Carl Friedrich von Weizsäcker, Der Garten des Menschlichen. Beiträge zur geschichtlichen Anthropologie, 1977², S. 568; Elisabeth Heisenberg, Das Politische Leben eines Unpolitischen. Erinnerungen an Werner Heisenberg, München 1980, S. 114.

³¹) Vgl. Manfred von Ardenne, Memoiren, Berlin (Ost) 1972, S. 153 ff.

³²) Heinz Dieter Hölsken, Die V-Waffen. Entstehung, Propaganda, Kriegseinsatz, Stuttgart 1984, S. 213.

³³) Werner Heisenberg, Der Teil und das Ganze. Gespräche im Umkreis der Atomphysik, München 1971, S. 212.

³⁴) Eröffnungsvortrag des Deutschen Historikertages am 12. 9. 1949, abgedruckt in: Historische Zeitschrift, (1950) 170.

gebnis, daß sich nun erst recht die Wissenschaft zur Insel erheben sollte im Brodeln des Tageskampfes, gleichsam als Symbol eines überparteilichen Patriotismus.

Hier bildete sich die Kontaktbrücke zum „Nationalen“ im Nationalsozialismus aus. Von ihm erhoffte man sich mit der Überwindung der Republik die Wiederherstellung von Ehre und Sitte, von Unter- und Überordnung. Am Ende war die Bildungsaristokratie, die die roten und braunen Horden, die Straßenkämpfe und Haßpublizistik als unerträglich empfand, zur Akzeptanz Hitlers bereit — wengleich ständig zwischen Opposition und Integration schwankend, da man sich die ersehnte Ordnung erkaufte durch Annahme eines Hitler, der Primitivität mit Primitivität ausschaltete. „Der Nationalsozialismus war, das läßt sich nicht bezweifeln, unter allen faschistischen Richtungen der Zwischenkriegszeit eine der hochschulfernen.“³⁵⁾

Doch beschränkte sich die Verführbarkeit des bürgerlichen Geistes keineswegs auf die Instrumentalisierung der NS-Bewegung zur restaurativen Neuordnung. In die naturgemäß stark individualistisch geprägte Gelehrtenwelt wirkte eine neue völkische Innerlichkeit über die Studentenschaft in die — vor allem jüngere — Dozentenschaft ansteckend hinein. Seit 1931 war die deutsche Studentenschaft mehrheitlich nationalsozialistisch und öffnete unter Erzwingung professoraler Aufmerksamkeit jene Schächte, durch die der Geist des Aufbruchs in die Universitäten strömte³⁶⁾. Hier wurde der Nationalsozialismus siegreich nicht aufgrund allgemeiner Zustimmung, sondern aufgrund partieller ideologischer Gemeinsamkeiten, freilich mehr komplementärer als identifizierender Art³⁷⁾. Hierin lag die eigentliche Gemeinsamkeit von Professorenschaft speziell und akademischer Bildungsschicht allgemein: daß die klare Erkenntnis und analysie-

³⁵⁾ Ernst Nolte, Zur Typologie des Verhaltens im Dritten Reich, in: *Marxismus, Faschismus, Kalter Krieg. Vorträge und Aufsätze 1964—1976*, Stuttgart 1976, S. 136. Vgl. zum Zusammenhang Martin u. Sylvia Greiffenhagen. *Ein schwieriges Vaterland. Zur politischen Kultur Deutschlands*, München 1979, S. 37; grundlegend Hubert Kiesewetter, *Von Hegel zu Hitler. Eine Analyse der Hegelschen Machtstaatsideologie und der politischen Wirkungsgeschichte des Rechtshegelianismus*, Hamburg 1974, S. 276 ff.; Werner Stephan, *Zur Soziologie der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei*, in: *Zeitschrift für Politik*, (1932) 21; Rudolf Laun, *Die politische Erziehung der Studierenden an den Hochschulen und hochschulähnlichen Anstalten*, in: *Zeitschrift für Politik*, (1931) 20; Peter Gay, *Probleme der kulturellen Integration der Deutschen 1849—1945*, in: Otto Büsch/James J. Sheehan (Hrsg.), *Die Rolle der Nation in der deutschen Geschichte und Gegenwart*, Berlin 1985, S. 185.

³⁶⁾ Vgl. Ernst Nolte (Anm. 35), S. 138 ff.

³⁷⁾ Elias Canetti, *Masse und Macht*, Hamburg 1960, S. 205.

rende Verstandesschärfe „die überwiegenden Sentimentalitäten“ und „den klirrenden Patriotismus“, wie er sich in seiner äußersten Gespanntheit wohl exemplarisch bei einer Gestalt wie Friedrich Sieburg zeigt³⁸⁾, einfach nicht zu disziplinieren vermochten³⁹⁾. Wie gebannt stand man auf der Schwelle zur Komplizenschaft. Der Fall des Philosophen Martin Heidegger (Rektoratsrede 1933 in Freiburg!) ist dafür das spektakulärste Beispiel.

Selbst für einen scharfen Kritiker wie Friedrich Meinecke ging „eine suggestive Wirkung“ von dem „eigentlich Wertvollen“ der NS-Bewegung aus: „das starke nationale Wollen, das leidenschaftliche Empfinden unserer politischen Unfreiheit und die ethische Aufbäumung gegen Großstadtschmutz“. Meinecke veranschaulicht den Zeitgeist sehr genau, wenn er fortfährt: „Man lacht über ihre (der Nazis) wirtschaftlichen Forderungen, schilt auch in Kreisen der oberen Zehntausend gesittet über ihren Straßenradau — und doch, merkwürdig, geht in diesen selben Reihen das Geraune über die Nützlichkeit und dermaleinstige Verwendbarkeit des Nationalsozialismus sachte weiter. Was steckt eigentlich dahinter?“⁴⁰⁾

Dahinter steckte das Versprechen einer nationalen Versöhnungsstrategie, einer „Religion des Erfolges“ (C. F. von Weizsäcker). Auf Hitler richteten sich die materiellen Wünsche, vor allem aber die Glaubenssehnsüchte, welche die Kirchen, der Marxismus und der Idealismus der Aufklärung nicht mehr füllten. Unter den Gebildeten schuf sich diese neue Lehre Vertraulichkeit durch eine spezifische Propagierung des Rassismus als Wissensgrund und Verheißung. „Dieser Begriff des Rassismus“, so von Weizsäcker, „ist aufs beste zur Zusammenfassung aller Motive des Nationalsozialismus geeignet. Er gibt dem ‚Glauben an Deutschland‘ einen universalen Sinn, und zwar so, daß das Bedürfnis des modernen Menschen nach ‚Wissenschaftlichkeit‘ befriedigt wird. Er gestattet den Traditionalismus — (die Rasse ist ewig) — und fordert zugleich zum Fortschritt auf (Züchtung). Er gibt sich als Überwindung des weltanschaulichen Materialismus des 19. Jahrhunderts durch den Hinweis auf das Schöpferische des Lebens. Andererseits bleibt er in derselben begrifflichen Ebene wie jener; er inthroni-

³⁸⁾ Klaus Harpprecht in der Einleitung zu Friedrich Sieburg, *Abmarsch in die Barbarei*, Stuttgart 1983, S. 17.

³⁹⁾ Hans-Werner Prahl, *Sozialgeschichte des Hochschulwesens*, München 1978, S. 322.

⁴⁰⁾ „Nationalsozialismus und Bürgertum“, *Kölnische Zeitung* v. 21. 12. 1930, in: Friedrich Meinecke, *Politische Schriften und Reden*, hrsgg. v. Georg Kotowski, Darmstadt 1958, S. 443.

siert nun statt der klassischen Physik die Biologie.“⁴¹⁾

Diese politische Biologie stellte der deutschen Gesellschaft ihren Bedingungsrahmen mit dem „positiven“ Pol des rassistischen Herrenmensentums und dem „negativen“ Pol des Antisemitismus als Integrationsformel. Dazwischen aber wurde eine einzigartige Mischung aus doktrinärem Ausnahmezustand und traditioneller Lebenskultur entfaltet, die sich vielleicht im Begriff eines „totalitären Pluralismus“ erfassen läßt. Solch ein Paradoxon kann hier erlaubt sein, um auf die ambivalente Existenzgestaltung von Bürgerfreiheiten in geschlossener Gesellschaft, d. h. ohne Zulassung öffentlichen Protests, hinzudeuten.

Ein diffuses Bekenntnis zum NS-System als makrosozialer Ordnungsmacht erlaubte in vielen Bereichen „unpolitische“ Lebensgestaltung, die von oben zur Popularisierung des Systems ausdrücklich gebilligt wurde, aber im Einzelfall jederzeit wiederum von oben unter Entziehung des Rechtsweges (Staatsterror) kündbar war.

Diese Tatsache förderte die Elastizität des privaten Verhaltens, ohne zum aktiven, organisierten Widerstand fähig zu werden, weil dessen Gründe — d. h. die Widerstandsgewißheit — zunächst durch materielle und emotionale Bezauberung aufgesaugt wurden. Die Beschaffung von Arbeit, die Herstellung einer „deutschen Ordnung“, die Rückgewinnung internationalen Ansehens und die im „Tag von Potsdam“ stilisierte Versöhnung alter Traditionen und revolutionärer Kraftentfaltung verdeckten das Verbrecherische und Menschenverachtende des Systems nicht; aber man wollte es partout nicht so sehr wahrhaben, daß dadurch die guten neuen (alten) Gefühle beschädigt wurden, die man als egalitären Triumphalismus sozialpsychologisch ausdeuten kann⁴²⁾.

„Die notwendige Unschärfe der revolutionären Norm“ zwecks Zerteilung von Widerstandskräften in den Anfangsstadien eines politischen Umbruchs⁴³⁾ wurde von den Professoren eigentümlich rezipiert: Einerseits beengten die politischen Reglementierungen die Autonomie der Universität, andererseits erfüllte der nationale Aufschwung die meisten Wissenschaftler mit Stolz.

⁴¹⁾ Carl Friedrich von Weizsäcker, Der Verfasser als Augenzeuge — Ein Brief über den Nationalsozialismus, in: Wahrnehmung der Neuzeit, München 1983², S. 293.

⁴²⁾ Walter Leisner, Der Triumph. Erfolgsdenken als Staatsgrundlage, Berlin 1985; Daniel Sutor, Rechtsauflösung durch Angst und Schrecken. Zur Dynamik des Terrors im totalitären System, Berlin 1985; Alexander und Margarete Mitscherlich, Die Unfähigkeit zu trauern. Grundlagen kollektiven Verhaltens, München 1968, S. 22 ff.

⁴³⁾ Vgl. Daniel Sutor (Anm. 42), S. 76 ff.

Die sichtbaren Erfolge beschwingten das Lebensgefühl wie eine Droge, die im Moment erleichtert und erst auf Dauer vergiftet. Im rauschhaften Feiern des Nationalgefühls, der stolzen deutschen Gemeinschaft, blieb Opposition kümmerlich. Meinecke sprach für Oncken mutige Worte, wohl ohne zu kämpfen. Der Tübinger Historiker Dannenbauer verbat sich erfolgreich die Kritik der Partei. Gerhard Ritter konspirierte mit Goerdeler und war aktiv im „Freiburger Kreis“, wo vornehmlich Wirtschaftsfragen behandelt wurden. Die Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät der Universität Freiburg galt während des Dritten Reiches als eine Art Naturschutzpark⁴⁴⁾. Gerhard Ritter, der 1934 Hitlers Reichsbischof Müller öffentlich eine „Vogelscheuche“ genannt hatte, wurde in der Partei als politisch untragbar bezeichnet, aber dennoch von der eigenen Behörde gedeckt.

Aus der verstreuten Literatur fügt sich der Eindruck, daß in Süddeutschland ganz allgemein Universitätsrektoren und Kultusbeamte den Nazis den Zugriff erschwerten⁴⁵⁾. In Königsberg rührte sich für Rothfels wohl keine Hand. Theodor Geiger in Braunschweig nützte es nichts, daß er sich brieflich am 1. September 1933 beim TH-Rektor gegen den Vorwurf der nationalen Unzuverlässigkeit verteidigte⁴⁶⁾. Daß Kurt Huber (Weiße Rose) seinen Mut mit dem Tode bezahlte, war unter den Wissenschaftlern dennoch nicht die einzige Ausnahme. So wurde am 23. April 1945 der Geopolitiker Professor Albrecht Haushofer erschossen, der seit 1934 an der Hochschule für Politik, dann ab 1939 an der Universität Berlin lehrte. Ebenso ermordet wurden Dr. Rüdiger Schleicher, der als Ministerialrat zugleich Leiter des Instituts für Luftrecht an der Universität Berlin war, und sein wissenschaftlicher Assistent Dr. Hans John.

Die ebenfalls im Zusammenhang mit dem „20. Juli 1944“ verhafteten Freiburger Professoren Constantin von Dietze, Adolf Lampe, Gerhard Ritter kamen erst am 25. April 1945 aus ihrem Berliner Gefängnis frei.

Als Kontaktleute zum US-Geheimdienst stellten sich die Professoren Alexander Rüstow und Hans Wilbrandt zur Verfügung. Das Haus Sauerbruchs diente mehrfach für Treffen der Verschwörer. An der Vorbereitung von Verfassungsentwürfen für die Zeit nach Hitler beteiligten sich aktiv der Staatswissenschaftler Jens Peter Jessen

⁴⁴⁾ Vgl. zu diesem Bereich Christine Blumenberg-Lampe, Das wirtschaftspolitische Programm der „Freiburger Kreise“. Entwurf einer freiheitlich-sozialen Nachkriegswirtschaft; Nationalökonomien gegen den Nationalismus, Berlin 1973.

⁴⁵⁾ Vgl. Gerhard Ritter, Der Deutsche Professor im „Dritten Reich“, in: Die Gegenwart vom 24. 12. 1945.

⁴⁶⁾ Ralf Dahrendorf, Soziologie und Nationalsozialismus, in: Andreas Flitner (Anm. 14), S. 109

(in Verbindung mit Ulrich von Hassell) und aus dem Oster-Kreis der Professor Friedrich A. SchmidNoerr⁴⁷⁾. Und dennoch: Unter der Glocke der totalitären Diktatur existierte eine kultivierte Lebenswelt⁴⁸⁾, die das Disparateste verwebte. Der berühmte Philosoph und Pädagoge Eduard Spranger schrieb in einem Privatbrief vom 20. April 1936: „Ist es nicht eine noble Art des letzten Widerstandes — auch wahnsinnig zu werden? Nobel deshalb, weil es noch ein letzter Dienst am Irdisch-Allgemeinen ist, während man ja auch versuchen könnte, so zu tun, als ob ‚man es nicht wäre‘ und in jene Höhen zu entfliehen, die gewiß einmal unter ähnlichen Umständen die Stoa und das Christentum im kaiserlichen Rom suchen mußten? ... Es ist das innerste Nichtkönnen. Um des deutschen Volkes willen nicht können. Werdet stumm wie die Fische.“⁴⁹⁾

Man ging in die innere Emigration. Aber zumeist nicht soweit, daß man mit Verzicht auf Teil-

nahme auch von Teilhabe abließ. Für einen Aufsatz etwa zu Goebbels' DAS REICH stand man durchaus zur Verfügung. Zu einem unverfänglichen Thema wie über das Berliner Hochschulsystem sprach Spranger von der dortigen „Armee der Forschung“⁵⁰⁾. Das war wohl die Metaphorik der Zeit, hinter der sich der Mangel an Entschiedenheit verbarg und den der Das-habe-ich-nicht-gewollt-Patriotismus zum neuen Anfang nach 1945 bestimmte. Die meisten Wissenschaftler empfanden bis dahin die Diktatur als Riesenwoge, die bedrohte, aber zugleich trug. Das vielfach fragmentierte Ja zum Staat Hitlers hieß Mitmachen von der Peripherie her. Es kann hier wohl gewiß als Indikator gelten, daß erstmals im September 1944 (!) ein Geisteswissenschaftler (der Historiker vom „Reichsinstitut“ Dr. Ganzer, posthum) und der Spezialist für drahtlose Telegraphie Professor Esau (Leipzig) ein Ritterkreuz zum Kriegsverdienstkreuz verliehen bekamen.

Schlußbemerkung

Nach dem Zusammenbruch 1945 verlangte Ludwig Dehio ein neues Forschungsverständnis. Die alte Rankesche Forderung, die Wissenschaft solle darstellen, „wie es eigentlich gewesen“ ist, müsse künftig lauten: „wie es eigentlich möglich war!“ In der Tat! Nur, solange wir noch über keine biologische Wissenschaft von der Seele verfügen, haben alle Antworten den Charakter einer Annäherung. Und wenn diese nach 1945 unbefriedigend, dazu zaghaft und vereinzelt blieb, so deshalb wohl, weil sich bei der Wahrheitssuche dem Wissenschaftler eine tiefe Scham entgegenstellte: Nämlich die Erkenntnis, daß man sich in Allianzen mit Hitler von diesem zumindest zeitweilig das überkommene Kultur-, Lebens- und Wissenschaftsverständnis gewährleisten ließ. Und dies im doch sich rasch aufzwingenden Wissen, daß das NS-System antibürgerlich, antiwissenschaft-

lich, bildungsfeindlich und in seinem Rassismus zutiefst inhuman war.

Daß man vielfach in den fünfziger Jahren Professoren in Seminaren von den Spitzen des Dritten Reiches höchst abfällig sprechen hörte, waren gewiß — wengleich billige — Versuche nachträglicher Selbstbefreiung. Sie indizierten noch in der Form der Selbstverharmlosung, „daß die Deutschen in ihrer gewiß glanzvollen geistigen Kultur immerzu die Anfälligkeit für jene Brutalität hegten, die im sogenannten Dritten Reich zum katastrophalen Durchbruch gelangte. In den Befürwortern vorbildlicher Menschlichkeit hatte man demnach also zugleich die unfreiwilligen Sachwalter einer bislang unvorstellbaren Brutalität zu sehen ...“⁵¹⁾.

Auf die Erkundung von Maß und Qualität dieses „Unfreiwilligen“ kommt es weiter an. Dabei wäre es töricht, heute vom Richterstuhl herunter leichtfertig über reale und psychische Entscheidungsräume zu befinden, über die die Zeitgenossen in allen Varianten der Zerspaltung zwischen Mittäter und Tatzeuge gar nicht verfügten. Alfred Anderschs verzweifelte Frage: „Schützt Humanismus denn vor gar nichts?“ reicht nicht nur in die Vergangenheit zurück.

⁴⁷⁾ Zum Gesamtkomplex Peter Hoffmann, Widerstand, Staatsstreich, Attentat. Der Kampf der Opposition gegen Hitler, München 1970²; Hans-Adolf Jacobsen, Karl Haushofer. Leben und Werk, 2 Bde, Boppard 1979; ders. (Hrsg.), „Spiegelbild einer Verschwörung“. Die Opposition gegen Hitler und der Staatsstreich vom 20. Juli in der SD-Berichterstattung. Geheime Dokumente aus dem ehemaligen Reichssicherheitshauptamt, 2 Bde, Stuttgart 1984.

⁴⁸⁾ Vgl. Klaus Scholder, Die Mittwoch-Gesellschaft, Berlin 1982; Bogustaw Drewniak, Das Theater im NS-Staat. Szenarium deutscher Zeitgeschichte 1933—1945, Düsseldorf 1983; Hans-Dieter Schäfer, Das gespaltene Bewußtsein. Über deutsche Kultur und Lebenswirklichkeit 1933—1945, Frankfurt/M. 1984 (Ullstein Sachbuch 34178).

⁴⁹⁾ Zit. bei Klaus Scholder (Anm. 48), S. 137.

⁵⁰⁾ DAS REICH v. 6. 10. 1940.

⁵¹⁾ So Wolfgang Kutténkeuler in einer Rundfunkbesprechung des Buches von Fritz Ringer „Die Gelehrten — der Niedergang der deutschen Mandarine 1890 bis 1933“, Deutsche Welle, 7. 10. 1983.

Heimliche Komplizen?

Zur Rolle der Naturwissenschaften im Dritten Reich

I. Solidarität und Verdrängung

Spätestens seit 1983, als sich der Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft zum 50. Mal ge-jährt hatte, greift in der Bundesrepublik eine um-fassendere Auseinandersetzung mit unserer tota-litaristischen Vergangenheit Platz, die auch in jene gesellschaftlichen Bereiche hineinleuchtet, die sich bislang mehr oder weniger dagegen ge-sperrt haben. So fanden sich z. B. am 30. Januar 1983 Naturwissenschaftler der jungen und äl-teren Generation — meines Wissens erstmals nach Kriegsende — auf Einladung der Evangelischen Akademie Arnoldshain dazu bereit, öffentlich mit Historikern und Theologen über die „Ver-führbarkeit der Naturwissenschaft“ zur Zeit des Nationalsozialismus zu diskutieren¹⁾. Allerdings stellte sich bald heraus, daß den meisten anwe-senden Naturwissenschaftsvertretern schon das vergleichsweise naive Bekenntnis des „Verführt-wordenseins“ zu weit ging — von der Anerken-nung politisch-moralischer Schuldvorwürfe oder der Unterstellung einer faktischen Unterstützung des nationalsozialistischen Systems ganz zu schweigen. Insbesondere die älteren, noch mit dem Dritten Reich in Berührung gekommenen Kollegen zählten sich nahezu durchweg zu den Nichtverführten des Regimes: Man hatte zwar nicht direkt Widerstand geleistet, sich aber auch nicht von großdeutschen Sireningesängen, völki-schen Tiraden und Herrenrassenwahn einfangen lassen.

In der Tat: Wenn es überhaupt eine Berufs-gruppe in Deutschland gegeben hat, die in den infrage stehenden zwölf Jahren nicht dem faschi-stischen Ungeist verfallen war, dann ist es wohl die der exakten Naturwissenschaftler, also der Physiker und Chemiker (und vor allem um er-tere soll es im folgenden gehen), gewesen. Schon in der ersten nach dem Kriege erscheinenden na-turwissenschaftlichen Zeitschrift, den „Physikali-schen Blättern“, verwiesen denn auch ihre füh-renden Vertreter „mit Befriedigung“ darauf, daß sie „keinen Schatten auf den Ehrenschild unserer Forschung“ hatten fallen lassen²⁾. Man konnte vielmehr auf zahlreiche Beispiele individueller

Unterstützung und Solidarität für die von den Maßnahmen des Regimes betroffenen Kollegen verweisen, und so wollte man es im übrigen auch nach dem Kriege, nunmehr mit umgekehrtem Vorzeichen, halten. Hierfür drei einschlägige Bei-spiele:

Das erste betrifft Max Planck und sein mutiges Eintreten für seinen jüdischen Kollegen Fritz Ha-ber. In Heft 5/1947 der Physikalischen Blätter berichtete Planck folgendermaßen darüber:

„Nach der Machtergreifung durch Hitler hatte ich als Präsident der Kaiser-Wilhelm-Gesell-schaft die Aufgabe, dem Führer meine Aufwar-tung zu machen. Ich glaubte diese Gelegenheit benutzen zu sollen, um ein Wort zu Gunsten mei-nes jüdischen Kollegen Fritz Haber einzulegen, ohne dessen Verfahren zur Gewinnung des Am-moniaks aus dem Stickstoff der Luft der vorige Krieg von Anfang an verloren gewesen wäre. Hitler antwortete mir wörtlich: ‚Gegen Juden an sich habe ich gar nichts. Aber die Juden sind alle Kommunisten, und diese sind meine Feinde, ge-gen sie geht mein Kampf‘. Auf meine Bemerkung, daß es doch verschiedenartige Juden gäbe, für die Menschheit wertvolle und wertlose, unter ersteren alte Familien mit bester deutscher Kul-tur, und daß man doch Unterschiede machen müsse, erwiderte er: ‚Das ist nicht richtig. Jud ist Jud; alle Juden hängen wie Kletten zusam-men . . .‘. Auf meine Bemerkung, daß es aber ge-radezu eine Selbstverstümmelung wäre, wenn man wertvolle Juden nötigen würde auszuwan-dern, weil wir ihre wissenschaftliche Arbeit nötig brauchen und diese sonst in erster Linie dem Ausland zugute komme, ließ er sich nicht weiter ein . . .“³⁾.

Planck stand mit seinem Engagement für Fritz Haber nicht allein. Auch andere Physiker wagten es anlässlich von Habers Tod im Jahre 1934, den jüdischen Kollegen öffentlich zu würdigen, und man veranstaltete zu seinem einjährigen Todes-tag gegen den erklärten Willen von Staat und Partei sogar eine öffentliche Gedenkfeier⁴⁾.

¹⁾ Vgl. hierzu etwa den Bericht in der „tageszeitung“ vom 9. 2. 1983, S. 8.

²⁾ Physikalische Blätter, 2 (1946) 1, sowie noch deutli-cher Ulrich Gerhardt, Das Nürnberger Urteil im Che-mieprozeß, in: Physikalische Blätter, 4 (1948) 10, S. 429 ff.

³⁾ Geheimrat Prof. Dr. Max Planck, Mein Besuch bei Adolf Hitler, in: Physikalische Blätter, 3 (1947) 5, S. 143.

⁴⁾ Vgl. hierzu ausführlich Alan D. Beyerchen, Wissen-schaftler unter Hitler — Physiker im Dritten Reich, Köln 1980, S. 97 ff.

Das zweite Beispiel wissenschaftlicher Solidarität betrifft den Nachkriegsumgang mit jenen wenigen Physikern, die sich offen auf die Seite des Nationalsozialismus gestellt und mit ihren ideologischen Ansprüchen und politischen Intrigen dem übrigen Wissenschaftlerstand schwer zugezogen hatten. Zumindest gegenüber ihren Wortführern — den beiden Nobelpreisträgern Philipp Lenard und Johannes Stark — übten sich die „Physikalischen Blätter“ in gelassener Großzügigkeit. Lenard etwa erhielt nach seinem Tod einen respektablen Nachruf, der allein seine wissenschaftlichen Leistungen herausstrich und seine sonstigen Aktivitäten gänzlich übergang⁵⁾. An anderer Stelle hieß es hierzu entschuldigend: Unter Physikern stünde nunmal „die Wissenschaft an erster Stelle“, weshalb man in Lenard vor allem „dem großen Forscher gerecht zu werden“ habe⁶⁾. Johannes Stark kam in den „Physikalischen Blättern“ sogar selber zu Worte, wobei zwar seinem politischen Selbstreinwaschungsversuch widersprochen, seinen neueren fachwissenschaftlichen Arbeiten jedoch professionelle Aufmerksamkeit gewidmet wurde⁷⁾.

Schließlich druckten die „Physikalischen Blätter“ — und dies als letztes Beispiel — jenen Brief der „Gesellschaft Deutscher Chemiker“ an den amerikanischen Militärgouverneur Lucius D. Clay ab, der im Dezember 1948 von der Hauptversammlung der Gesellschaft aus Anlaß der Urteile im Nürnberger IG-Farben-Prozeß verabschiedet worden war. Darin heißt es u. a.: „Wir kennen die Verurteilten durch jahrzehntelange Arbeit als ehrenwerte Männer . . . Wir stehen verständnislos der Höhe der verhängten Gefängnisstrafen gegenüber für Männer, die damit unserer Meinung nach zu Unrecht mit gemeinen Verbrechern gleichgestellt werden. Wir können aus unserer Kenntnis der Verurteilten nicht glauben, daß ihnen unehrenhafte Gesinnung oder Handlungen wirklich nachgewiesen worden sind.“

In einem Kommentar hierzu wurde darüber hinaus die Vermutung geäußert, daß die Urteile de jure zwar nur gegen Angestellte der IG-Farben,

⁵⁾ Ernst Brüche, Philipp Lenard, in: Physikalische Blätter, 3 (1947) 5, S. 161. Ähnlich auch Physikalische Blätter, 7 (1951) 2, S. 75.

⁶⁾ Ohne Autorenangabe, NS-Physiker, in: Physikalische Blätter, 3 (1947) 5, S. 168.

⁷⁾ Vgl. hierzu die Selbstrechtfertigung Starks und die Erwiderung durch von Laue einerseits (Johannes Stark, Zu den Kämpfen in der Physik während der Hitlerzeit, in: Physikalische Blätter, 3 [1947] 8, S. 271 f.; Max von Laue, Bemerkungen zu der vorstehenden Veröffentlichung von J. Stark, in: Physikalische Blätter, 3 [1947] 8, S. 272 f.) sowie den Bericht über Starks erste Nachkriegsarbeiten und die redaktionelle Rechtfertigung für dessen Abdruck andererseits (Die Versuche von J. Stark über den Einfluß des elektrostatischen Feldes auf Licht, in: Physikalische Blätter, 3 [1947] 5, S. 162; ohne Autorenangabe, NS-Physiker, in: Physikalische Blätter, 3 [1947] 5, S. 168).

de facto aber „gegen eine überragende Repräsentantin deutscher Wissenschaft und Forschung auf dem Felde der Chemie und Pharmakologie“ gerichtet seien, „womit zugleich die deutsche Forschung auf den genannten, der Physik eng verwandten Wissensgebieten getroffen werden sollte . . . Eine solchermaßen dokumentierende Manifestation verbrecherischer Schlechtigkeit müßte unweigerlich den Ruin des Rufes unserer chemischen Forschung und Industrie nach sich ziehen; sie würde den Ruf aller deutscher Naturforschung schädigen. Eine wachsame Konkurrenz würde ohne Zweifel immer erneut Anlaß suchen, das vergeßliche Gedächtnis der Weltöffentlichkeit zu stärken.“⁸⁾

Solidarität wurde also nicht nur gegenüber den Standesgenossen, sondern — und sei es nur aus Angst vor einer übergreifenden Rufschädigung — auch gegenüber den alten Freunden und Gönnern aus der nationalsozialistischen Zeit geübt. Spätestens dieses Beispiel läßt indes eine bemerkenswerte Naivität in der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit erkennen. Das gilt bei genauerem Hinsehen auch für die anderen beiden Beispiele.

So mag man Planck bei seiner Unterscheidung von wertvollen und wertlosen Juden sowie zwischen solchen mit und ohne „bester deutscher Kultur“ noch rein taktische Absichten zugute halten. Daß es aber gerade Haber und nicht etwa Einstein war, für den sich die deutschen Physiker zu Beginn des Dritten Reiches so stark machten, gibt zu denken. Denn Haber war zweifellos der kriegsreichste deutsche Naturwissenschaftler des Zweiten Reiches gewesen. Er hatte mit seiner Ammoniaksynthese seinerzeit nicht nur das Sprengstoffproblem der deutschen Reichswehr gelöst, sondern er war der eigentliche Erfinder des Gaskrieges, der heute so genannten C-Waffen also, deren kriegstechnische Vorzüge er den konservativen Reichswehrgenerälen erst mühsam klarmachen mußte. „Das von ihm geleitete Kaiser-Wilhelm-Institut für physikalische Chemie und Elektrochemie in Berlin war, in der Tat, das einzige Kaiser-Wilhelm-Institut, das sich völlig auf die Kriegserfordernisse einstellte.“⁹⁾

Haber war also gewissermaßen der Edward Teller des beginnenden Jahrhunderts, was die Wissenschaftlerzunft allerdings weit weniger zu stören schien als der offen artikulierte, politisch begründete Pazifismus eines Albert Einstein. Dessen Rücktrittsgesuch an die preußische Akademie der Wissenschaften, mit dem er entsprechenden Maßnahmen zuvorzukommen versuchte, war

⁸⁾ Ulrich Gerhardt (Anm. 2), S. 429 f. Vgl. hierzu auch: Die ehrenwerten Männer der Chemie, in: Wechselwirkung, 2 (1980) 4, S. 14.

⁹⁾ Alan D. Beyerchen (Anm. 4), S. 68.

der Akademie — folgt man ihrer Presseerklärung vom 1. April 1933 — noch nicht einmal ein Bedauern wert¹⁰⁾. Zwar erhoben sich gegen diese Abfuhr vereinzelt Bedenken Einsteins, doch selbst hierbei klangen politische Vorbehalte an, wie man sie in bezug auf Fritz Haber vergeblich sucht¹¹⁾.

Eine ähnlich einseitige Bewertung der Ereignisse ist auch für das zweite Beispiel kennzeichnend. Johannes Stark hatte seine rassistischen Vorurteile im Dritten Reich nicht nur ähnlich wie Philipp Lenard in zahlreichen Publikationen kundgetan, sondern auch an maßgeblicher Stelle politisch durchzusetzen versucht. Er wurde hierfür nach dem Krieg zu vier Jahren Zwangsarbeit verurteilt — einem ähnlichen Schicksal entging Lenard nur aufgrund seines hohen Alters¹²⁾. Wenn führende naturwissenschaftliche Standesvertreter derart eingefleischte und nachweislich nicht nur verbal schuldig gewordene Rassisten nach dem Kriege allein wieder aus „rein wissenschaftlicher Sicht“ zu würdigen vermochten, so drängt sich zwangsläufig die Frage nach der politischen Urteils- bzw. Wahrnehmungsfähigkeit dieser Standesvertreter auf.

Und schließlich gar die Vertreter des IG-Farben-Konzerns: Hatten sie Hitler nicht massiv finanziell unterstützt, um im Gegenzug unbegrenzte Profite machen zu können? Hatten sie nicht die Ausbeutung des besetzten Osteuropas fest in ihre wirtschaftlichen Expansionsstrategien eingeplant? Hatten sie nicht in Auschwitz in Zusammenarbeit mit der SS eine Chemiewerk aufgebaut, indem sich Tausende von KZ-Insassen buchstäblich zu Tode schufteten mußten? Waren sie schließlich deshalb nicht in Nürnberg für schuldig befunden worden, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen zu haben, an der Versklavung der Zivilbevölkerung in besetzten Gebieten und deren Verschleppung, Ausbeutung, Mißhandlung, Folterung und Ermordung in Konzentrationslagern teilgenommen zu haben?¹³⁾ Und das alles wollten die Mitglieder der „Gesellschaft Deutscher Chemiker“ nach dem Kriege nicht wahrhaben, nur weil sie die Beklagten als „ehrenwerte Männer“ in Erinnerung hatten?

Schon diese wenigen Beispiele zeigen, daß die Haltung der Naturwissenschaftler zum Dritten

Reich nicht nur durch ständische Solidarität, sondern zugleich auch durch eine noch bemerkenswertere Fähigkeit zur Verdrängung des Geschehenen gekennzeichnet ist. Dies legt den Verdacht nahe, daß es womöglich tatsächlich auch etwas zu Verdrängen gab. Verstärkt wird dieser Verdacht durch jene eigenartige Lehre, wie sie seither von den betroffenen Naturwissenschaftlern immer wieder aus dem Geschehen gezogen wurde: Aus der Behauptung, dem Nationalsozialismus völlig unpolitisch gegenübergestanden zu haben, wird nicht etwa der Schluß gezogen, es zwecks Verhinderung ähnlicher gesellschaftlicher Fehlentwicklungen in Zukunft anders zu machen. Vielmehr gibt man vor, jetzt erst recht die Finger von der Politik lassen zu wollen. Sollten sich die Naturwissenschaftler diese Finger vielleicht doch stärker verbrannt haben, als sie es nach außen und vielleicht auch vor sich selbst wahrhaben wollen? Gibt es womöglich eine heimliche, indirekte Komplizenschaft, der sie mit ihrem ständig wiederholten Bekenntnis zu noch mehr politischer Abstinenz unbewußt abzuschwören versuchen?

Angesichts solcher Fragen wird man sich bei der Beschäftigung mit dem Thema „Naturwissenschaft und Nationalsozialismus“ wohl kaum mit der bloßen Konstatierung des guten Gewissens der Naturwissenschaftlerzunft begnügen können. Vielmehr scheint mir gerade in einer Zeit, in der die Naturwissenschaftler durch die internationale wirtschaftliche und militärische Situation wie selten zuvor politisch gefordert sind, eine besondere politisch-moralische Sorgfalt, ja Hartnäckigkeit in der Auseinandersetzung mit den kritischen Phasen der Vergangenheit geboten, insbesondere wenn man (wie der Autor) der Naturwissenschaftlerzunft selber angehört.

Glücklicherweise kann der Nichthistoriker bei einem solchen Unterfangen mittlerweile auf einige profunde geschichtswissenschaftliche Untersuchungen zurückgreifen¹⁴⁾, die es ihm gestatten, sich auf einige Kernfragen zu konzentrieren. Diesen Vorteil nutzend, möchte ich im folgenden primär der Frage nach einer möglichen heimlichen Komplizenschaft zwischen Naturwissenschaft und NS-Regime nachgehen. Daß es sich dabei keineswegs um eine abstrakte Frage handelt, mag zunächst eine kurze Skizze des konkreten Geschehens an einer ganz normalen, unauf-

¹⁰⁾ Ebenda, S. 33.

¹¹⁾ Gerda Freise, *Autonomie und Anpassung — Das Selbstverständnis der Naturwissenschaftler im Nationalsozialismus*, in: Rainer Brämer (Hrsg.), *Naturwissenschaft im NS-Staat*, Marburg 1983, S. 31 ff., hier speziell S. 36.

¹²⁾ Alan D. Beyerchen (Anm. 4), S. 265.

¹³⁾ Vgl. hierzu ausführlich: Joseph Borkin, *Die unheilige Allianz der IG-Farben — Eine Interessengemeinschaft im Dritten Reich*, Frankfurt/M. 1979; Gerd Dannenfeldt, *Die chemische Industrie und der Nationalsozialismus*, in: Rainer Brämer (Anm. 11), S. 89 ff.

¹⁴⁾ Stellvertretend seien neben Alan D. Beyerchen (Anm. 4) hier genannt: Armin Hermann, *Wie die Wissenschaft ihre Unschuld verlor — Macht und Mißbrauch der Forschung*, Stuttgart 1982; Karl-Heinz Ludwig, *Technik und Ingenieure im Dritten Reich*, Düsseldorf 1974; Herbert Mehrrens / Steffen Richter (Hrsg.), *Naturwissenschaft, Technik und NS-Ideologie*, Frankfurt 1980.

fälligen Technischen Hochschule jener Zeit verdeutlichen, einer Institution also, in der die Naturwissenschaftler und die ihr im akademischen

Kanon nächststehenden technischen Wissenschaftler besonders konzentriert in Erscheinung treten¹⁵⁾.

II. Zum Exempel: Eine Technische Hochschule im Dritten Reich

Aus der von dem Stuttgarter Historiker Johannes Voigt speziell für den Zeitraum des Dritten Reiches besonders sorgfältig recherchierten Geschichte der heutigen Universität Stuttgart¹⁶⁾ erfährt man, daß es schon seit Mitte der zwanziger Jahre in der Studentenschaft der damaligen TH (ähnlich wie auch an den herkömmlichen Universitäten) starke völkische Tendenzen gab. Antidemokratisches, militaristisches und rassistisches Gedankengut griff, unbehindert von der Hochschulleitung, selbst unter den Naturwissenschaftsstudenten so weit um sich, daß schließlich die Abteilung Chemie der Hochschule nicht mehr von Ausländern besucht werden konnte. Bei den ASTA-Wahlen 1932 erhielten die völkischen und nationalsozialistischen Gruppierungen unter den angehenden Ingenieuren über 80% der Stimmen¹⁷⁾ — ein Potential, das wenige Monate später einen „reibunglosen“ Ablauf der nationalsozialistischen „Gleichschaltung“ garantierte.

Mit „revolutionärem“ Elan wurden dementsprechend seit 1933 an der TH Stuttgart in kurzer Folge Lehrkörper und Studentenschaft „arisiert“, das „Führerprinzip“ in die Universitätsverfassung eingeführt, ein altgedienter NSDAP-Profes-

sor zum allmächtigen Rektor ernannt¹⁸⁾, alle nicht-nationalsozialistischen Studentenvereinigungen aufgelöst, die Studenten zu Arbeitsdienst und Wehrsport verpflichtet und „nationalpolitische Vorlesungen“ (u. a. über Rassenhygiene und Wehrwissenschaft) verbindlich gemacht. Als besondere nationalsozialistische Hochburg erwies sich in Stuttgart die renommierte Architekturabteilung der Hochschule mit Paul Schmitthenner, von Juli 1933 an Reichsfachleiter für Bildende Kunst im „Kampfbund für Deutsche Kultur“, an der Spitze. Ihr Engagement im Kampf „gegen das Internationale und Undeutsche“ in der seinerzeit modern-funktionalistischen Baukunst fand seinen peinlichen Höhepunkt schon am 1. Mai 1933, als man Hitler unter Hinweis auf seinen „sieghaften Kampf für deutsche Art“, auf der „allein deutsche Baukunst wachsen“ könne, die architektonische Ehrendoktorwürde antrug. Dabei hatte man allerdings übersehen, daß viele nationalsozialistische Größen durchaus nicht so empfänglich für akademische Würden und Weihen waren, wie man das von bürgerlichen Parteiführern gewöhnt war. Speziell für Hitler gab es seinen eigenen Erklärungen zufolge keinen Titel, der dem Gewicht des eigenen Namens auch nur im entferntesten gleichkommen könne. So blieb denn den Stuttgarter Architekten die Peinlichkeit nicht erspart, nur wenige Tage später durch den „Völkischen Beobachter“ von Hitlers Ablehnung des Dr. Ing. e. h. zu erfahren.

Nicht ganz so hektisch ging es bei den Physikern zu. Erst nach der Emigration von Peter Paul Ewald, Ordinarius für theoretische Physik, schaltete sich die sogenannte „Deutsche Physik“ in das Gerangel um dessen Nachfolge ein. Philipp Lenard höchstpersönlich setzte den Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung mit dem Verdacht unter Druck, die Anhän-

¹⁵⁾ Die Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit setzt an Technischen Hochschulen bezeichnenderweise erst jetzt ein, während an den Universitäten schon vor zwei Jahrzehnten damit begonnen wurde. Vgl. hierzu etwa: Georgia Augusta-Universität im Dritten Reich, in: *Politicon* (Göttinger Studentenzeitschrift) (1965) 9; Die deutsche Universität im Dritten Reich — Eine Vortragsreihe der Universität München 1966; Uwe Dietrich Adam, Hochschule und Nationalsozialismus — Die Universität Tübingen im Dritten Reich, Tübingen 1977. Neben der im folgenden referierten Arbeit von Johannes H. Voigt (Anm. 16) ist mir bezüglich Technischer Hochschulen nur eine überdies auf die Mathematik beschränkte Studie über die TH Darmstadt bekannt: Peter Alles, Mathematik im Dritten Reich, THD-Initiative für Abrüstung (1984) 1. Einen nachhaltigen atmosphärischen Eindruck von der Umbruchsituation an der Charlottenburger TH des Jahres 1933 gibt das Interview mit einem Beteiligten im Faschismus-Schwerpunktheft 4/1980 der Zeitschrift Wechselwirkung.

¹⁶⁾ Johannes H. Voigt, Universität Stuttgart — Phasen ihrer Geschichte, Stuttgart 1981.

¹⁷⁾ Nach Furtmüller und Pinl wurde der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund (NSDStB) bereits 1930/31 von 76% der Studenten an deutschen Universitäten und Hochschulen gewählt, eine Zahl, die Peter Alles (Anm. 15) allerdings für etwas zu hochgegriffen hält (Lux Furtmüller/Max Pinl, *Mathematicians under Hitler*, in: R. Weltsch [Hrsg.], *Yearbook XVIII* [1973], Publications of the Leo Baeck Institute, London 1973).

¹⁸⁾ Wenn der neue Rektor Wilhelm Stortz nach einem zeitgenössischen Bericht tatsächlich „während der Kampfzeit der einzige Nationalsozialist unter den Professoren“ war (Zitat bei Voigt, S. 38), so nimmt die Stuttgarter TH in dieser Beziehung eine gewisse Sonderstellung ein. Nach Anselm Faust nämlich waren vor 1933 die Vertreter der technischen Wissenschaften (und nur sie) unter den deutschen NSDAP-Professoren signifikant überrepräsentiert. (Anselm Faust, Professoren für die NSDAP — Zum politischen Verhalten der Hochschullehrer 1932/33. Beitrag zur Herbsttagung der historischen Kommission der deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft „Erziehung, Sozialisation und Ausbildung zur Zeit des Nationalsozialismus in Deutschland“, Bochum 1978).

ger der Einsteinschen Physik hätten offenbar immer noch das Sagen im Ministerium: „Hat der Arierparagraph die Juden körperlich ausgeschaltet, so kommt es nun darauf an, ihren reichlich — besonders in der Physik — zurückgelassenen Geist durch deutschen Wissenschaftsgeist zu ersetzen.“

Tatsächlich wurde nach langem Hin und Her mit Ferdinand Schmidt ein Assistent von Lenard auf den vakanten Physiklehrstuhl berufen. Die betroffenen Studenten erwiesen der „Deutschen Physik“ auf besondere Art ihre Reverenz. Mit der Arbeit „Kampf um arische Naturforschung“ wurde eine Stuttgarter Studentengruppe Reichssieger in der Wettkampfsparte „Deutsche Naturerkenntnis“ des Reichsberufswettbewerbs.

Die ideologischen Auseinandersetzungen traten indes mit der Entfesselung des Zweiten Weltkrieges und den immer massiveren Ansprüchen der großindustriellen Kriegsmaschinerie zunehmend in den Hintergrund. Die seit 1933 fast auf die Hälfte gesunkenen Studentenzahlen stiegen 1939 wieder deutlich an. Wie andere Wissenschaftsinstitutionen auch wurde die Stuttgarter TH mehr und mehr in die Kriegsforschung eingespannt. Im Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen, Fahrzeug- und Flugmotoren etwa stieg die Zahl der Beschäftigten auf fast 700 Personen an, die vor allem Forschungsaufträge des Heereswaffenam-

tes und des Oberkommandos der Marine zu bearbeiten hatten. Der lang diskutierte Plan, Stuttgart ergänzend hierzu zu einem Schwerpunkt der „auslandstechnischen Forschung“ (u. a. mit Untersuchungen über die Belastbarkeit fremdrassiger Arbeiter in deutschen Auslandsunternehmen) auszubauen, erledigte sich indes mit dem Abnehmen des Bedarfs an technischer Kolonisationshilfe schließlich von selbst.

Auch wenn dieser kurze Abriss der Geschichte einer typischen deutschen TH die Situation von Naturwissenschaft und Technik im Dritten Reich mehr illustriert als analysiert, versetzt er uns doch in die Lage, unsere Ausgangsfragestellung ein wenig zu konkretisieren. Auf zwei Ebenen nämlich deuten sich engere Verbindungen zwischen der naturwissenschaftlich-technischen Intelligenz und dem Nationalsozialismus an: Im Bereich der Ideologie und im Bereich der Rüstung. Dementsprechend sind es zwei Fragen, denen im folgenden nachzugehen sein wird:

1. Gab es nennenswerte völkisch-rassistische Kräfte innerhalb der exakten Naturwissenschaften und welchen politisch-ideologischen Einfluß übten sie auf das Verhältnis von Naturwissenschaft und Nationalsozialismus aus?

2. In welchem Ausmaß waren Naturwissenschaft und Technik an der Effektivierung der nationalsozialistischen Kriegsmaschinerie beteiligt?

III. Die Naturwissenschaften im politischen Umbruch: Die „Deutsche Physik“

Die Frage nach dem politisch-ideologischen Verhältnis von Naturwissenschaft und Nationalsozialismus läßt sich nur vor dem Hintergrund des einmaligen Höhenfluges der deutschen Physik und Chemie in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts beantworten. Zunächst auf experimentellem, dann vor allem aber auf theoretischem Gebiet hagelte es in dieser Zeit geradezu Nobelpreise. Der noch Ende des 19. Jahrhunderts um Anerkennung ringende Naturwissenschaftlerstand konnte sich nach seiner Aufwertung zum wirtschaftlichen Faktor innerhalb kurzer Zeit nunmehr auch zum Geistesadel des Reiches, ja mehr noch: zur internationalen Kulturelite rechnen¹⁹⁾. Politisch freilich kam der frisch aufgestiegene Stand trotz seines faktischen

Internationalismus nicht über die nationale Engstirnigkeit der konservativen Alteliten jener Zeit hinaus. Man dachte und fühlte nahezu durchgängig deutschnational²⁰⁾, und das Wohl der Wissenschaft erschien den Beteiligten nicht selten gleichbedeutend mit dem Wohl der Nation und umgekehrt²¹⁾.

²⁰⁾ Hans-Peter Bleuel, Deutschlands Bekenner — Professoren zwischen Kaiserreich und Diktatur, Bern 1968; Jörg Tröger (Hrsg.), Hochschule und Wissenschaft im Dritten Reich, Frankfurt 1984.

²¹⁾ Ganz anders übrigens die Techniker. Ihr ständisches Bewußtsein war durch den verlorenen Krieg und noch mehr durch die Wirtschaftskrisen der Weimarer Republik, die von der Öffentlichkeit weniger dem Gesellschaftssystem als dem technischen Fortschritt zur Last gelegt wurden, erheblich beeinträchtigt. Zudem selber von entfremdeter Industriearbeit und Arbeitslosigkeit bedroht, gab man seinerseits die Schuld an der Misere an das profitorientierte Wirtschafts- und Gesellschaftssystem weiter. Dessen Übel waren aus der Sicht der Techniker und Ingenieure nur durch eine rationalere Gestaltung und Planung der Gesellschaft unter verstärktem Einbezug wissenschaftlich-technischen Expertentums zu beseitigen. Dementsprechend gewannen unter der technischen Intelligenz antikapitalistische, tech-

¹⁹⁾ Anthony R. Michaelis/Roswitha Schmid, Wissenschaft in Deutschland — Niedergang und neuer Aufstieg, Stuttgart 1983. Speziell zur Situation im „Mekka“ der theoretischen Physik s. auch Klaus Leggewie, Als Wissenschaftler widerstanden — Ein Rückblick mit aktuellen Stichworten auf die deutsche Atomforschung in Göttingen, in: Frankfurter Rundschau, Feuilleton Ostern 1983, S. II.

Der rasche Aufstieg der Naturwissenschaften hatte indes auch seine fachlichen Schattenseiten. Durch den mit ihm verbundenen Erkenntnisboom nämlich wurde das naturwissenschaftliche Weltbild des 19. Jahrhunderts gründlich umgekrempelt. Nicht nur das Wissen, sondern auch die Art, mit dem Wissen umzugehen, hatte seine Qualität verändert. An die Stelle einer mehr oder weniger anschauungsverhafteten Wahrheitssuche trat mit den neuen Theorien ein funktionalistisches Modelldenken, verbunden mit einem immer undurchschaubareren mathematischen Kalkül, das zwar die Natur zunehmend beherrschen, aber keineswegs verstehen half²²⁾.

Ein derartiger wissenschaftlicher Paradigmenwechsel verläuft im allgemeinen nicht reibungslos. So war es denn auch kein Zufall, daß romantische Naturdeutungen, die einer ganzheitlichen Betrachtung und einem einfühlsamen Umgang mit der natürlichen Umwelt das Wort redeten, an Boden gewannen. Und ebensowenig war es Zufall, daß die zunftinterne Kritik an den neuen Theorien primär von den Experimentalphysikern ausging, die stärker dem überkommenen Wissenschaftsparadigma anhängen, an den Erfolgen der Theoretiker nur wenig Anteil nehmen konnten und sich fast wie die Techniker²³⁾ ins Abseits gedrängt fühlten.

Unter ihnen taten sich besonders die bereits erwähnten Nobelpreisträger Johannes Stark und Philipp Lenard hervor. Mit ihrer ausgeprägten Art, wissenschaftliche Kontroversen vom Fachlichen ins Persönliche zu wenden, waren zunächst Ausländer, dann Theoretiker und schließlich Juden, allen voran die Symbolfigur Einstein, ihre ausgemachten Feinde. Statt sich aber als die besseren Wissenschaftler zu präsentieren, unterlagen sie der Versuchung, sich lediglich als die besseren Deutschen auszugeben; sie entwarfen denn auch keine bessere oder gar neue, sondern eine aus vorhandenen Versatzstücken zusammengezimmerete „Deutsche“ bzw. „Arische“ Physik²⁴⁾.

nokratische und mittelstandssozialistische Gesellschaftskonzeptionen an Boden. Dies kommt u. a. auch in dem spezifischen Verständnis von Gemeinwohl zum Ausdruck, das sich die Techniker ähnlich wie die Naturwissenschaftler auf die Fahnen geschrieben hatten. Während die Naturwissenschaftler dabei eher die „Ehre der Nation“ im Sinn hatten, ging es den Ingenieuren vor allen Dingen um den „Dienst an der Volksgemeinschaft“. Vgl. hierzu Gert Hortleder, Das Gesellschaftsbild des Ingenieurs — Zum politischen Verhalten der technischen Intelligenz in Deutschland, Frankfurt 1970.

²²⁾ Vgl. hierzu Herbert Mehrrens, Das „Dritte Reich“ in der Naturwissenschaftsgeschichte: Literaturbericht und Problemskizze, in: Herbert Mehrrens/Steffen Richter (Anm. 14), S. 115 ff.; Paul Forman, Weimar Culture, Causality and Quantum Theory, 1918—1927. Historical Studies in the Physical Sciences 1971, S. 1 ff.

²³⁾ Vgl. Anm. 21.

²⁴⁾ Hierzu und zum folgenden s. neben Alan D. Beyerchen (Anm. 4) und Armin Hermann (Anm. 14) auch

Schon 1929 versuchte Lenard in seinem Buch „Große Naturforscher“ nachzuweisen, daß die genialen wissenschaftlichen Leistungen der Vergangenheit in erster Linie von arisch-germanisch geprägten Forscherpersönlichkeiten vollbracht worden seien²⁵⁾. In seinem sieben Jahre später erschienenen Lehrbuch „Deutsche Physik“ definierte Lenard einleitend den Fixpunkt seines alternativen Wissenschaftsverständnisses wie folgt: „Deutsche Physik?“ wird man fragen — Ich hätte auch arische Physik oder Physik des nordisch gearteten Menschen sagen können. Physik der Wirklichkeitsergründer, der Wahrheit-Suchenden, Physik derjenigen, die Naturforschung begründet haben.“²⁶⁾

Schon dieser Definitionsversuch macht deutlich, daß der ideologische Kern der „Deutschen Physik“ rassistischer Natur war. Dabei beinhaltete das Bekenntnis zum „völkischen Grundcharakter“ der Wissenschaft nicht nur die Verpflichtung auf die „Erhaltung der Volksgemeinschaft“ bzw. die „Arterhaltung“, sondern schloß den kompromißlosen „Kampf“ gegen die internationalistisch-objektivistische „Standpunktlosigkeit“ der „jüdischen“ Naturwissenschaft ein²⁷⁾. Verbunden war mit dieser wissenschaftlichen Variante des Antisemitismus eine mehr oder weniger diffuse Aversion gegen das allzu Theoretisch-Mathematische, gegen die Unanschaulichkeit und das positivistische Funktionalitätsverständnis der modernen Naturwissenschaft. „Da, wo der Jude in der Naturwissenschaft das germanische Vorbild verläßt und gemäß seiner geistigen Eigenart wissenschaftlich sich betätigt, wendet er sich der Theorie zu; nicht die Beobachtung von Tatsachen und ihre wirklichkeitsgetreue Darstellung ist ihm dann mehr die Hauptsache, sondern die Ansicht, die er über sie bildet, und die formale Darstellung, die er ihnen auferlegt.“²⁸⁾

Der Berliner Wissenschaftshistoriker Herbert Mehrrens deutet die Verbindung von wissenschaftlichem Konservatismus und antisemitischem Rassismus als Versuch der wissenschaftlich Deklassierten, das im Theorieboom des beginnenden Jahrhunderts verlorene wissenschaftliche Terrain auf politisch-ideologischem Wege zu-

Thies Behnke, Arische Physik, in: Rainer Brämer (Anm. 11), S. 75 ff; Ernst Brüche, „Deutsche Physik“ und die deutschen Physiker, in: Physikalische Blätter, 2 (1946) 9, S. 232 ff; Steffen Richter, Die „Deutsche Physik“, in: Herbert Mehrrens/Steffen Richter (Anm. 14), S. 116 ff; Martin Bechstedt, Gestaltete Atomlehre — Zur „Deutschen Chemie“ im NS-Staat, in: Herbert Mehrrens/Steffen Richter (Anm. 14), S. 142 ff.

²⁵⁾ Philipp Lenard, Große Naturforscher, München 1929.

²⁶⁾ Philipp Lenard, Deutsche Physik (4 Bände), München 1936/37.

²⁷⁾ Sämtliche Zitate siehe Steffen Richter (Anm. 24), S. 118 f.

²⁸⁾ Johannes Stark zit. nach: Wechselwirkung, 2 (1980) 4, S. 9.

rückzuerobern²⁹). Hierfür spricht nicht nur die pauschale Diskriminierung auch nichtjüdischer Theoretiker als „weiße Juden“, sondern auch die Tatsache, daß die Vertreter der „Deutschen Physik“ außer ihrer gemeinsamen Ablehnung modern physikalischer Theoriesysteme (wie etwa der Quantenmechanik und der Relativitätstheorie) kaum über ein einheitliches konstruktives Konzept für eine alternative Betrachtung der Natur verfügten³⁰). Selbst die Absicht, anstelle des „kalten Intellektualismus“ der Moderne wieder der Anschauung zu ihrem angestammten Platz zu verhelfen, konnte nicht verbindlich präzisiert werden. Zwar beanspruchte Lenard mit seinem Versuch, die klassische Naturwissenschaft auf experimenteller und mechanischer Grundlage mit einem ganzheitlichen, u. a. an klassische Gestalttheorien und romantische Naturphilosophien anknüpfenden Naturverständnis zu vereinigen, eine gewisse konzeptionelle Allgemeingültigkeit. Aber schon in einer der wichtigsten Anwendungen dieses Konzepts — der bereits 1922 in Entgegnung auf die Einsteinsche Relativitätslehre von Lenard wiederbelebten Äthertheorie — mochte ihm sein engster Verbündeter Stark nicht folgen³¹). Tatsächlich erscheint es durchaus fraglich, inwieweit die von Lenard intendierte Vereinigung von letztlich doch professionellen Naturtheorien mit Elementen eines eher volkstümlich-anschaulichen Naturbildes überhaupt prinzipiell Konsistenz gewinnen konnte.

Ungeachtet derlei Widersprüchlichkeiten fanden Lenard und Stark schon vor 1933 unter naturwissenschaftlichen Studenten begeisterte Anhänger, während ihnen von kollegialer Seite bestenfalls ungläubiges Staunen vor allem darüber entgegengebracht wurde, daß sie Politik und Wissenschaft so ungeniert miteinander zu vermischen wagten. Eine derart einseitige Parteinahme für radikale völkische Strömungen, wie sie Stark und Lenard etwa in ihren frühen Freundschaften mit nationalsozialistischen Parteiführern offen dokumentierten³²), konnte bei aller Konservativität von den sich traditionell unpolitisch gebenden Naturwissenschaftlern³³) nur mit herablassender Di-

stanz bzw. aristokratischer Abscheu quittiert werden³⁴).

Das änderte sich indes schlagartig mit Hitlers Machtübernahme. Auch wenn die exakten Naturwissenschaften im einschlägigen Ideologiegebäude des Nationalsozialismus keinerlei nennenswerte Rolle spielten und also außer einem gewissen Relevanzverlust keine direkten „revolutionären“ Eingriffe von seiten der NSDAP zu befürchten hatten³⁵), bestand doch die Gefahr, daß die ins professionelle Abseits gedrängten Vertreter der „Deutschen Physik“ ihre ideologische Nähe und guten Beziehungen zu den neuen Machthabern nutzen würden, um sich für die erlittene Diskriminierung nunmehr wissenschaftspolitisch schadlos zu halten.

In der Tat versuchte insbesondere Johannes Stark, in Physikerkreisen wegen seiner cholertischen Art auch „Robustus“ oder „Fortissime“ genannt, vom Tage der „Machtergreifung“ an die wissenschaftspolitischen Zügel in seine Hand zu bekommen, während sich Lenard (nicht zuletzt wegen seines hohen Alters) auf begleitende ideologische Attacken beschränkte. So gelang es Stark schon im Frühjahr 1933, die Leitung der Physikalisch-technischen Reichsanstalt an sich zu reißen. 1934 übernahm er dann auch noch die Präsidentschaft der „Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft“, der späteren „Deutschen Forschungsgemeinschaft“. Von diesen Positionen aus konnte er im Verein mit Lenard nicht nur einigen nachwachsenden Gesinnungsgenossen zu unverdienten Ämtern und Würden verhelfen, sondern auch einen erheblichen politisch-ideologischen Druck auf den gesamten Naturwissenschaftlerstand ausüben³⁶). Obwohl dennoch auch in besten Zeiten von kaum mehr als zwei Dutzend Fachkollegen mitgetragen, erschien die von einer derart institutionell gestützten Ideologenfaktion ausgehende Gefahr für die innere Autonomie der Naturwissenschaft der übergroßen Mehrheit der Kollegen derart bedrohlich, daß heute noch in der Erinnerung der älteren Physiker an das Dritte Reich die damalige Auseinandersetzung mit der „Deutschen Physik“ eine dominierende Rolle spielt.

²⁹) Vgl. Herbert Mehrrens (Anm. 22), S. 48.

³⁰) Vgl. hierzu ausführlich Alan D. Beyerchen (Anm. 4), S. 172 ff. Ähnliches gilt auch für die wesentlich später einsetzenden und randständiger bleibenden Versuche der Schaffung einer „Deutschen Chemie“ und „Deutschen Mathematik“. Vgl. hierzu Martin Bechstett (Anm. 24) und Peter Alles (Anm. 15) sowie Helmut Lindner, „Deutsche“ und „gegentypische“ Mathematik — Zur Begründung einer „arteigenen Mathematik“ im „Dritten Reich“ durch Ludwig Bieberbach, in: Herbert Mehrrens/Steffen Richter (Anm. 14), S. 88 ff.

³¹) Vgl. Steffen Richter (Anm. 24), S. 121 ff., Alan D. Beyerchen (Anm. 4), S. 177 f. und 193.

³²) Vgl. Thies Behnke (Anm. 24), S. 80 ff.

³³) Das von Gerda Freise (Anm. 11) prononciert herausgearbeitete Muster des unpolitischen Naturwissenschaftlers bewahrte die Standesvertreter allerdings auch davor, den radikal völkischen Kräften innerhalb der

Universität in aller Öffentlichkeit entgentreten zu müssen.

³⁴) Albrecht Fölsing, Naturwissenschaft im Dritten Reich — Verluste, die unersetzlich sind, in: Die Zeit (1981) 14, S. 15 f.

³⁵) Die Angst vor einem partiellen Verlust des historisch gerade erst errungenen Relevanzkapitals schlug sich gelegentlich in geradezu peinlichen Anbiederungsversuchen nieder. Vgl. z. B. Anselm Faust (Anm. 18) oder auch F. Thomsen, Über die Gefahren der Zurückdrängung der exakten Naturwissenschaften in den Schulen und Hochschulen, in: Neue Jahrbücher für Wissenschaft und Jugendbildung (1934), S. 164 ff.

³⁶) Armin Hermann, Wie die Wissenschaft ihre Unschuld verlor — Der Kampf der „Geister“, in: bild der wissenschaft, 19 (1982) 2, S. 80 ff.

IV. Die Naturwissenschaften im politischen Umbruch: Anpassung und Widerstand

Auch im Selbstverständnisorgan der Physiker, den „Physikalischen Blättern“, kreisten die ohnehin nur sehr fragmentischen Nachkriegsversuche einer Aufarbeitung der NS-Zeit primär um den „Kampf“ der Zunft gegen die „Parteiphysik“³⁷⁾, der gelegentlich sogar zum „Widerstand der Physiker gegenüber dem Nationalsozialismus“ hochstilisiert wurde³⁸⁾. Demgegenüber blieb die Erinnerung an die viel gravierenderen, unmittelbaren Eingriffe der neuen Machthaber in die personelle Substanz der Wissenschaft und die Reaktion der Standesvertreter darauf auffällig blaß. Gemeint sind die administrativen Maßnahmen in der Folge des sogenannten „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ vom April 1933, der Nürnberger Gesetze vom September 1935 und schließlich des „Deutschen Beamtengesetzes“ vom Januar 1937³⁹⁾.

Die auf dieser Grundlage durchgeführten rassischen und politischen „Säuberungsaktionen“ führten zu einem Exodus prominenter und weniger prominenter Naturwissenschaftler. Bis 1938 hatten 20 Prozent aller Hochschulnaturwissenschaftler Deutschland verlassen. Besonders stark war die Physik vom Arierparagraphen betroffen. 25 Prozent der in Deutschland tätigen Physiker, darunter nicht weniger als elf Nobelpreisträger, mußten gehen oder gingen freiwillig. In Göttingen, der Hochburg der modernen theoretischen Physik, verblieb nur noch ein Drittel der Physiker und Mathematiker in ihren Stellen⁴⁰⁾. Immerhin blieb der großen Mehrheit der von den Ariergesetzen betroffenen Wissenschaftler das Schicksal ihrer weniger gut situierten Leidensgenossen — Deportation und Ermordung — erspart.

Alan Beyerchen, der den Biographien zahlreicher deutscher Naturwissenschaftler nachgegangen ist, weiß in diesem Zusammenhang — mit Ausnahme der bereits erwähnten Haber-Ehrung — von keinen herausragenden Solidaritätsbekundungen zu berichten. Nur sehr vereinzelt wurden öffentliche Proteste laut, am deutlichsten vom Präsidenten der Deutschen Physikalischen Gesellschaft, Max von Laue, sowie vom Direktor

des II. Physikalischen Instituts der Universität Göttingen, James Franck, der als Jude selber zu den Betroffenen zählte⁴¹⁾. Ansonsten war man zwar durchaus irritiert, aber weniger, so scheint es, wegen der Rassendiskriminierung als solcher, sondern vor allem wohl, weil davon auch ebenso bedeutende Wissenschaftler wie aufrechte Deutsche betroffen waren. In diesen Fällen leistete man dann standesinterne Hilfe und versuchte, mit den Kollegen auch nach deren Emigration in Kontakt zu bleiben.

Nach außen hin aber paßte man sich den neuen Gepflogenheiten mehr oder weniger an, stellte sich auf die veränderten Sprachregelungen ein, begann seine Vorlesungen mit dem Hitlergruß und versuchte im übrigen, Betrieb und Ruf der deutschen Physik und Chemie so gut wie möglich aufrechtzuerhalten⁴²⁾. Dabei spielte eine nicht unwesentliche Rolle, daß viele Naturwissenschaftler den nationalsozialistischen „Spuk“ nur für eine Übergangserscheinung hielten, der sie — sei es aus politischer Naivität, sei es aus einer tief verwurzelten Antipathie gegen die Weimarer Republik — sogar positive Aspekte abgewinnen konnten. Wem diese Übergangsatmosphäre zu rauh erschien, dem wurde zu einem kleinen Auslandsaufenthalt geraten, bis sich die Dinge wieder beruhigt hätten⁴³⁾.

Vergleicht man die Umbruchsituation der dreißiger Jahre etwa mit der Stalinisierungsphase der DDR zu Beginn der fünfziger Jahre, so fällt auf, daß im Gegensatz zur damaligen Emigrationswelle aus der DDR⁴⁴⁾ so gut wie kein Naturwissenschaftler das Dritte Reich allein aus einem Unbehagen oder gar einer Gegnerschaft gegenüber dem politischen System heraus verlassen

³⁷⁾ Carl Ramsauer, Zur Geschichte der deutschen physikalischen Gesellschaft in der Hitlerzeit, in: Physikalische Blätter, 3 (1947) 4, S. 110ff; Andreas Kleinert, Lenard, Stark und die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, in: Physikalische Blätter, 36 (1980) 2, S. 35.

³⁸⁾ Ernst Brüche (Anm. 24), S. 234.

³⁹⁾ Peter Alles (Anm. 15), S. 19ff.

⁴⁰⁾ Albrecht Fölsing (Anm. 34) sowie übergreifend Bernd Engelmann, Deutschland ohne Juden — Eine Bilanz, München 1979, S. 161f.; G. H. Küster, Emigration aus Deutschland 1933—1945, in: Wochenschau für politische Erziehung (1980) 5 (Ausgabe S II), S. 195ff.

⁴¹⁾ Alan D. Beyerchen (Anm. 4), S. 36ff., ähnlich auch Gerda Freise (Anm. 11).

⁴²⁾ Vgl. hierzu und zum folgenden neben Alan D. Beyerchen (Anm. 4), Albrecht Fölsing (Anm. 34), Gerda Freise (Anm. 11), Johannes Voigt (Anm. 16) auch Helmut Neumeier, Das bedeutet Krieg, in: Wechselwirkung, 2 (1980) 4, S. 31ff.

⁴³⁾ Zu den prominentesten Vertretern der Übergangsthese gehörte Max Planck, als Präsident der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und Sekretär der Preußischen Akademie der Wissenschaften zu Beginn des Dritten Reiches wohl die wissenschaftliche Schlüsselfigur des Naturwissenschaftlerstandes (Alan D. Beyerchen [Anm. 4], S. 89ff, zu letzterem speziell S. 90). Nach dem Krieg wurde gelegentlich mit dem Hinweis, „daß der Nationalsozialismus zunächst einen nicht unerträglichen Eindruck machte“, um Verständnis für die politische Passivität der Naturwissenschaftler geworben (z. B. NN, Ein Brief nach Frankreich, in: Physikalische Blätter, 2 [1946] 1, S. 8ff.).

⁴⁴⁾ Zur entsprechenden DDR-Situation vgl. Paul Olbrich, Ingenieure mit Westdrall, in: SBZ-Archiv, 9 (1958) 10, S. 152ff.

hat⁴⁵). Dementsprechend ist denn auch die von Gerda Freise zusammengetragene Liste derjenigen, die über die standesinternen Auseinandersetzungen um die „Deutsche Physik“ hinaus aktiven politischen Widerstand geleistet oder auch nur öffentlich Zivilcourage gezeigt haben, bemerkenswert dünn⁴⁶). Neben den bereits genannten James Franck und Max von Laue fällt unter ihnen vor allem der Direktor des Chemischen Instituts der Universität München und Nobelpreisträger für Chemie des Jahres 1927, Heinrich Wieland, auf.

Wieland klassifizierte sich selbst als „politisch links“ und war daher auch schon vor 1933 ein „Sonderfall“ unter den deutschen Naturwissenschaftlern. Von Beginn des Dritten Reiches an hat er sich dann konsequent für rassistisch und politisch Verfolgte eingesetzt, versorgte sie mit Rechtsanwältinnen und Gefängnispaketen, trat als Entlastungszeuge auf, verweigerte unbeirrt den „Deutschen Gruß“, dachte nicht daran, die Büsten seiner jüdischen Vorgänger aus dem Foyer seines Instituts zu entfernen, bewahrte viele seiner Schüler vor Wehrmacht und Krieg und nahm eine ihm zgedachte Ehrung erst entgegen, als der obligatorische Hakenkreuzschmuck aus dem Saal entfernt worden war⁴⁷). Indem er so seine persönliche Integrität wahrte, ohne dafür etwa mit der Übernahme von Kriegsforschungsaufträgen zu zahlen, widerlegte er alle Behauptungen von der schieren Unmöglichkeit der Aufrechterhaltung bürgerlicher Zivilcourage und wies die Überanpassung der meisten Kollegen als keineswegs zwangsläufig aus. Dabei wird man ihn — gemessen an den Maßstäben der im Untergrund agierenden Arbeiterbewegung, der „Weißen Rose“ oder des „20. Juli“ — noch nicht einmal dem eigentlichen politischen Widerstand zurechnen können.

Der meines Wissens einzige Naturwissenschaftler mit Hochschulrang, auf den die Bezeichnung Widerstandskämpfer anwendbar ist, war Robert Havemann. Der später auch in der DDR durch sein mutiges politisches Einzelgängertum in Erscheinung getretene Chemiker war Mitglied verschiedener kommunistischer Widerstandsgruppen, bevor er 1943 von der Gestapo festgenommen und schließlich wegen „Hochverrats“ vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt wurde. Indem man ihn jedoch für „kriegswichtige“ Forschungen des Heereswaffenamtes reklamierte, gelang es, die Vollstreckung des Todesurteils von Monat zu Monat zu verschieben. Selbst in dieser

existenziell extremen Situation gab Havemann seine politischen Aktivitäten keineswegs auf und beteiligte sich von seiner Todeszelle aus an der Widerstandsarbeit innerhalb des Zuchthauses⁴⁸).

Von diesen wenigen Ausnahmen abgesehen, übte sich die übergroße Mehrheit der Naturwissenschaftler in politischer Passivität und faktischer Einpassung in das nationalsozialistische System. Dies wurde nachträglich u. a. mit dem Hinweis gerechtfertigt, „daß ein Widerstand aus unserem Kreis den sicheren Selbstmord bedeutete“; der Wissenschaftler aber sei nun einmal kein Märtyrertyp, vielmehr sehe er „in Deutschland wie anderswo sein Ziel in einem tätigen Leben und nicht in einem Opfertod“⁴⁹). Ein gewisses politisches Risiko war man nur bereit einzugehen, wenn die Nationalsozialisten über das bloße faktische Wohlverhalten hinaus dezidierte politische Bekenntnisse verlangten und damit gegen ein elementares Tabu des Naturwissenschaftlerstandes verstießen. Dann konnte es sogar passieren, daß ein Max Planck einer politischen Ergebenheitsadresse der Nobelpreisträger seine Unterschrift verweigerte, weil Wissenschaft nun einmal nichts mit Politik zu tun habe⁵⁰) — was durchaus nicht taktisch, sondern ernst gemeint war.

Von dieser im ständischen Bewußtsein der Naturwissenschaftler tief verwurzelten Grundhaltung her war es auch klar, daß der Versuch der „Deutschen Physik“, die exakten Wissenschaften von Grund auf zu politisieren, auf massives Unverständnis und vehemente Abwehr stoßen mußte. Blieben die Deutschphysiker schon allein aus diesem Grunde in der eigenen Zunft ohne Rückhalt, so stand ihren Ambitionen nicht zuletzt auch die Person ihres politisch führenden Kopfes entgegen. Ohne eine echte politische Verankerung in der nationalsozialistischen „Bewegung“ war nämlich Johannes Stark dem verwirrenden Kräftespiel der konkurrierenden Apparate hilflos ausgeliefert. Überdies legte er sich infolge seines cholерischen Naturells ähnlich wie in der Wissenschaft auch in der Politik bald mit jedem an.

Als besonders folgenreich erwiesen sich dabei seine Querelen mit den Vertretern der Wehrmacht. Nicht zuletzt ihnen hatte er es zu verdanken, daß er sein Präsidentenamt bei der Notgemeinschaft bereits 1936 wieder verlor, in dem 1937 beim Reichserziehungsminister eingerichteten Forschungsrat keinen nennenswerten Einfluß mehr geltend machen konnte und schließlich

⁴⁵) Es blieben vielmehr umgekehrt sogar nicht wenige Juden und „Halbjuden“, solange es nur eben ging, in Deutschland.

⁴⁶) Gerda Freise (Anm. 11), S. 53 ff.

⁴⁷) Vgl. hierzu auch: Heinrich Wieland, in: Wechselwirkung, 2 (1980) 4, S. 21.

⁴⁸) Robert Havemann, Fragen, Antworten, Reinbek 1972. Im Überblick auch: Robert Havemann, in: Wechselwirkung, 2 (1980) 4, S. 20f.

⁴⁹) NN, Ein Brief nach Frankreich (Anm. 43).

⁵⁰) Alan D. Beyerchen (Anm. 14), S. 166 und 324.

auch seines Postens als Leiter der physikalisch-technischen Reichsanstalt verlustig ging⁵¹). Hinzu kam, daß ihm und seinen Anhängern auch die einschlägigen wissenschaftlichen Publikationsorgane zunehmend verschlossen waren, so daß sich die „völkischen“ Naturwissenschaftler sogar genötigt sahen, eine eigene naturwissenschaftliche Zeitschrift zu gründen⁵²).

Zwar eröffneten die Deutschphysiker zu Beginn des Krieges noch einmal eine ideologische Offensive, doch trafen sie damit auf eine zunehmend abwehrbereite Physiker Mehrheit. Man forderte sogar öffentlich eine endgültige Klärung des Streits um die Gültigkeit der modernen Theorien, und tatsächlich kam es im November 1940 in München zu einer entsprechenden Disputation, die de facto mit der vollständigen Kapitulation der „Deutschen Physik“ endete. In einer gemeinsamen Vereinbarung mußten deren Vertreter u. a. zugestehen, daß die theoretische Physik und mit ihr insbesondere die Relativitätstheorie und die Quantenmechanik ein notwendiger Bestandteil der Gesamtpolitik seien⁵³).

Durch diesen Erfolg sahen sich die Spitzenfunktionäre der Deutschen Physikalischen Gesellschaft ermutigt, trotz zuvor eher negativer Erfahrungen in dieser Richtung abermals eine Eingabe an das für die akademischen Wissenschaften zuständige Reichserziehungsministerium zu richten, in der sie sich nicht nur noch einmal mit der Unsinnigkeit der gegen die theoretische Physik gerichteten Angriffe auseinandersetzten, sondern zugleich mit einer Fülle von Daten und Fakten den Niveauverlust der nationalen naturwissenschaftlichen Forschung insbesondere gegenüber den angelsächsischen Ländern dokumentierten⁵⁴). Zwar erfolgte hierauf keine direkte Reaktion, aber in der Folge begann sich in der staatlichen Administration das Blatt deutlich zugunsten der „Fachphysiker“ zu wenden. Spätestens 1943, als man so prominente NS-Größen wie Göring und Goebbels auf seiner Seite wußte, war das Problem der „Deutschen Physik“ endgültig erledigt, und man konnte darangehen, Pläne für einen neuen Aufschwung der naturwissenschaftlichen Forschung in Deutschland zu entwerfen⁵⁵).

V. Die Wissenschaft im „Schutz“ der Wirtschaft

Der Aufstieg und Fall der „Deutschen“ Naturwissenschaft erweckt (insbesondere in der Selbstdarstellung der Betroffenen⁵⁶)) fast den Eindruck, als hätte sich die professionelle Wissenschaftler Mehrheit gegen ihre nationalsozialistische Minderheitsfraktion allein aufgrund ihrer wissenschaftlichen Standhaftigkeit durchsetzen können. Angesichts der Erfahrungen in anderen gesellschaftlichen Bereichen, in denen die Regimeopposition, selbst wenn sie bis zum bewußten Widerstand ging, auch nicht im entferntesten vergleichbare Erfolge verzeichnen konnte, wäre eine solche Deutung aber reichlich unwahrscheinlich⁵⁷). Damit stellt sich die Frage, wie es den Naturwissenschaftlern gelingen konnte, sich so erfolgreich gegen den ideologischen Zugriff des

Nationalsozialismus zur Wehr zu setzen und zum Schluß sogar noch einige der wichtigsten Repräsentanten der an sich eher wissenschaftsfeindlichen Machthaber auf ihre Seite zu ziehen.

Die Antwort auf diese Frage ist Herbert Mehrrens zufolge darin zu suchen, daß die eigentliche Bedeutung von Naturwissenschaft und Technik für das Dritte Reich nicht auf ideologischem, sondern auf wirtschaftlichem und militärischem Gebiet lag⁵⁸). Vor allem die noch ungeschorener als die Physik davongekommene Chemie, der selbst Hitler eine entscheidende Rolle im Zusammenhang mit seinen Autarkie- und Kriegsplänen zumaß, wußte sich in dieser Beziehung immer wieder ins rechte Licht zu rücken⁵⁹). Tatsächlich hatte sie in der hochkonzentrierten chemischen Industrie einen Partner, der eine Schlüsselrolle in der nationalsozialistischen Wirtschafts- und Kriegsplanung spielte und von daher eine ideale Transferinstanz für die Verbindung von Naturwissenschaft und NS-Regime darstellte⁶⁰).

Dabei muß man sich vergegenwärtigen, daß die nationalsozialistische Herrschaft nach Abklingen der ersten Machteuphorie immer mehr in konkurrierende Machtblöcke zerfiel. Hierzu gehörten

⁵¹) Vgl. Armin Hermann (Anm. 36), S. 89, Karl-Heinz Ludwig (Anm. 14), S. 215, Herbert Mehrrens (Anm. 22), S. 46 ff.

⁵²) Offiziell stand die 1935 gegründete „Zeitschrift für die gesamte Naturwissenschaft“ unter der Regie des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes.

⁵³) Die Vereinbarung ist im Wortlaut wiedergegeben in Carl Ramsauer, Eingabe an Rust, in: Physikalische Blätter, 3 (1947) 2, S. 46.

⁵⁴) Carl Ramsauer (Anm. 53), S. 43 ff.

⁵⁵) Alan D. Beyerchen (Anm. 4), S. 248 ff.

⁵⁶) Vgl. z. B. Ernst Brüche (Anm. 24), Carl Ramsauer (Anm. 37).

⁵⁷) Vgl. hierzu u. a.: Karl Dietrich Bracher, Die deutsche Diktatur, Köln 1969, S. 401 ff.; Hermann Gramel, Widerstand im Dritten Reich, Frankfurt/M. 1984; Dirk Gerhard, Antifaschisten — Proletarischer Widerstand 1933-1945, Berlin 1976.

⁵⁸) Herbert Mehrrens (Anm. 22).

⁵⁹) Am penetrantesten wohl in: Walter Greiling, Chemiker kämpfen für Deutschland, Berlin 1940 (auszugsweise nachgedruckt in Rainer Brämer [Anm. 11], S. 143 ff.).

⁶⁰) Vgl. Anm. 13.

neben diversen Parteifractionen u. a. auch die Großindustrie, die bei der Sicherung der wirtschaftlichen Grundlage des Systems durchaus ihre eigenen Wege ging, dabei nach Kräften unterstützt von technokratischen Gruppierungen innerhalb des Staatsapparates⁶¹). Die nationalsozialistische Wirtschaftssteuerung verwandelte sich dabei von einem politischen Machtinstrument der Partei immer mehr zu einem Selbstverwaltungsinstrument der Industrie⁶²).

So stand bereits der erste Vierjahresplan für die Entwicklung der Wirtschaft aus dem Jahre 1936 weitgehend unter dem Einfluß der IG-Farben. Carl Krauch, Vorstandsmitglied der IG und ab 1940 ihr Generaldirektor, wurde direkt in die Planungsbürokratie und 1938 zum staatlichen „Generalbevollmächtigten für Sonderfragen der chemischen Erzeugung“ berufen. Das von ihm geleitete „Reichsamt für Wirtschaftsausbau“ hieß denn auch ironisch „Reichsamt für IG-Ausbau“⁶³).

Als relativ unabhängiger Faktor neben der Partei und ihren Gliederungen, der Staatsbürokratie und dem Militär war die Industrie zwar auf die Unterstützung des Systems verpflichtet, konnte aber in diesem Rahmen weitgehend autonom schalten und walten. Zugeständnisse an die nationalsozialistische Ideologie blieben mehr verbaler Art, statt dessen fühlte man sich — ähnlich wie das Militär — in erster Linie dem „Volks-ganzen“ verpflichtet.

Damit bot sich die Großindustrie als idealer Bündnispartner einer von der nationalsozialistischen Ideologie bedrohten Wissenschaft an, zumal ja auch diese Wissenschaft von der Illusion lebte, allein dem Gemeinwohl verpflichtet zu sein. Überdies hatte sich das Bündnis von Wirtschaft und Wissenschaft spätestens seit Ende des 19. Jahrhunderts bewährt⁶⁴). Jeder wußte von dem anderen, was er wollte: die Wirtschaft profitträchtige Innovationen, die Wissenschaft bei aller Anwendungsorientierung die Bewahrung ihrer professionellen Autonomie. „Freiheit der Wissenschaft gegen beliebige Verwertbarkeit — das scheint mir der Tauschhandel zwischen Wis-

senschaft und Gesellschaft zu sein, der sich auch im Faschismus ‚bewährt‘ hat.“⁶⁵)

So gingen denn fast zwangsläufig Wissenschaft und Wirtschaft nach 1933 in großen Schritten aufeinander zu. Auf der einen Seite machten sich die Wirtschaftsführer schon recht früh für die Rehabilitation der zunächst in ideologische Ungnade gefallenen Wissenschaft stark. So beklagte der bereits erwähnte Carl Krauch öffentlich den Nachwuchsmangel in Naturwissenschaft und Technik und forderte eine erhöhte allgemeine Wertschätzung für die Kämpfer an der deutschen Wissenschaftsfront. Nicht weniger deutlich wurde nach dem geistigen Aderlaß der „Arisierung“ von seiten der Wirtschaft der unverantwortliche Niedergang der naturwissenschaftlichen Lehre und Forschung an den Hochschulen kritisiert⁶⁶). Umgekehrt erwies die Wissenschaft der Industrie u. a. dadurch ihre Reverenz, daß der IG-Farben-Chef Carl Bosch 1937 an die Spitze der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft berufen wurde. Ihm folgte 1940 der Generaldirektor der Vereinigten Stahlwerke Albert Vögler, während die Deutsche Physikalische Gesellschaft etwa zur gleichen Zeit mit Carl Ramsauer den Direktor der Berliner AEG-Forschungslaboratorien zu ihrem Präsidenten wählte⁶⁷).

Man begab sich also regelrecht in den „Schutz“ der Großindustrie, denn nur die Industrie und die Wehrmacht, so die gängige Meinung, konnten der Partei noch Paroli bieten⁶⁸). Außerdem hatten die Wirtschaftsführer öffentlich gelobt, die Autonomie der Wissenschaft, insbesondere die heilige Kuh der Grundlagenforschung, nicht anzutasten⁶⁹). Vielmehr stellten sie sogar große Geldmengen für ihre Förderung bereit. Die angewandte Forschung hatten sie ohnehin in der Hand: Die Forschungs- und Entwicklungsausgaben der Chemie-, Elektro- und Luftfahrtkonzerne übertrafen etwa den Etat der Deutschen Forschungsgemeinschaft um ein Vielfaches⁷⁰).

⁶⁵) Herbert Mehrrens (Anm. 63), S. 8.

⁶⁶) Herbert Mehrrens (Anm. 22), S. 56 ff.

⁶⁷) Zu weiteren Verbindungen zwischen Wirtschaft und Industrie siehe Herbert Mehrrens (Anm. 22), Karl-Heinz Ludwig (Anm. 14) sowie ders., Die deutsche Kriegs- und Rüstungswirtschaft 1939-1945 — Ein Bericht über den Forschungsstand, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen, (1968) 2, S. 135 ff.

⁶⁸) Vgl. Carl Ramsauer (Anm. 37), ebenso Friedrich Glum, Zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Politik — Erlebtes und Erdachtes in vier Reichen, Bonn 1964.

⁶⁹) So z. B. Carl Krauch, Forschung und Entwicklung — Aufgaben und Arbeit des Amtes für deutsche Roh- und Werkstoffe, in: Der Vierjahresplan I (1937), S. 263 (zit. nach Herbert Mehrrens [Anm. 22], S. 49).

⁷⁰) Zur Forschungsorganisation und -förderung siehe ausführlich Karl-Heinz Ludwig (Anm. 14), insbesondere S. 210 ff.

⁶¹) Franz Neumann, Behemoth — Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933 bis 1944, Frankfurt 1977.

⁶²) Hierzu und zum folgenden siehe Alan D. Beyerchen (Anm. 4), Karl-Heinz Ludwig (Anm. 14), Herbert Mehrrens (Anm. 22).

⁶³) Vgl. hierzu in der Übersicht: Herbert Mehrrens, Unter dem Schutz von Professor Krauch — Naturwissenschaft, Faschismus, Industrie, in: Wechselwirkung, 2 (1980) 4, S. 7 ff.

⁶⁴) Steffen Richter, Wirtschaft und Forschung — Ein historischer Überblick über die Förderung der Forschung durch die Wirtschaft in Deutschland, in: Technikgeschichte, (1979) 46, S. 20 ff.

Vor diesem Hintergrund ist es kein Zufall, daß mit dem Sturz Starks als Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft und seiner vergeblichen Bewerbung um die Präsidentschaft der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft das erste Signal eines Machtverfalls der „großdeutschen Physik“ aus genau jenem Jahr 1936 datiert, in dem der Industrie mit dem Vierjahresplan eine Schlüsselrolle

im Zuge der nationalsozialistischen Kriegsvorbereitung zugewiesen wurde. Aus wirtschaftlicher Sicht war von nun an jede ideologische Behinderung wissenschaftlich-technischer Effektivität von Schaden, und mit dem Vorwurf der „Sabotage“ an kriegswirtschaftlichen Projekten konnten zunehmend alle politischen Ambitionen der Deutschphysiker blockiert werden⁷¹⁾.

VI. Naturwissenschaft und Krieg

Das enge Bündnis von Naturwissenschaft und Wirtschaft bedeutete für die Wissenschaft indes nicht nur, gegenüber dem ideologischen Zugriff des Nationalsozialismus relativ geschützt zu sein. Mit der systematischen Ausrichtung der Industrie auf die nationalsozialistischen Kriegspläne beinhaltete es zugleich auch eine zunehmende Vereinnahmung der Wissenschaft für die Kriegsforschung. Das hat die betroffenen Naturwissenschaftler und Techniker allerdings offenbar nur wenig irritiert. Im Gegenteil: In der Kriegsforschung gab es immer noch die meisten Mittel und die größte Sicherheit vor politisch-administrativen Zugriffen. Hinzu kamen diverse persönliche Privilegien, die von (relativ!) angenehmen Arbeits- und Lebensbedingungen bis zur Freistellung vom Kriegsdienst bzw. Rückbeorderung von der Front reichten⁷²⁾. Schließlich vermittelte der „Kampf“ an der „Heimatfront“ den Wissenschaftlern das ungewohnt-tragende Gefühl einer unmittelbaren gesellschaftlichen Bedeutsamkeit, von dem „großen Spaß“, den die militärtechnischen Tüfteleien und das damit verbundene „Erobern“ wissenschaftlichen Neulandes machten, ganz zu schweigen⁷³⁾.

Von daher wird verständlich, daß man die allmähliche Umfunktionierung der Natur- zur Kriegswissenschaft nicht etwa als notwendiges Übel, sondern als Chance für die Wissenschaft ansah, die es sogar rechtfertigte, alle wissenschaftliche Zurückhaltung fahren zu lassen und sich dem Militär regelrecht anzubiedern⁷⁴⁾. Schon kurz nach der „Machtergreifung“ knüpfte die Physik die ersten Beziehungen zu ihrem schon aus dem Ersten Weltkrieg vertrauten Waffenpartner, der Luftwaffe; in den Vorlesungen der Chemiker hatte von 1934 an die Kampfstoffchemie gebührende Berücksichtigung zu finden; an der TH Charlottenburg entstand eine Wehrwissenschaftliche Fakultät mit naturwissenschaftlich-technischem Schwerpunkt; zwischen dem Heereswaffenamt und der Forschungsabteilung des Reichsministeriums für Erziehung, Wissenschaft und Volksbildung wurden personelle Verbindungen geknüpft, während zugleich die Hochschulabteilung desselben Ministeriums von einem Wehrphysiker übernommen wurde⁷⁵⁾. Äußerlich dokumentierte sich dieses zwar nicht neue, aber doch gründlich erneuerte Bündnis von Wissenschaft und Militär in der Berufung des Generals der Artillerie, Karl Becker, zum Präsi-

⁷¹⁾ Das Sabotageargument spielte im erfolgreichen Rehabilitationskampf der Fach- gegen die Parteiphysiker zu Beginn der vierziger Jahre eine wesentliche Rolle (vgl. hierzu etwa Alan D. Beyerchen [Anm. 4], S. 246 und 250).

⁷²⁾ In der zweiten Hälfte des Krieges wurden Wissenschaftler und Ingenieure nicht selten in Kompaniestärke zur Forschung oder Ausbildung von der Front zurückbeordert (Aharon F. Kleinberger, *Gab es eine nationalsozialistische Hochschulpolitik?* Manuskript vorgelegt auf der Herbsttagung der Historischen Kommission der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft „Erziehung, Sozialisation und Ausbildung zur Zeit des Nationalsozialismus in Deutschland“, Bochum 1978; Kurt Zierold, *Forschungsförderung in drei Epochen*, Wiesbaden 1968, S. 250 ff.; Karl-Heinz Ludwig [Anm. 14], S. 251 ff.).

⁷³⁾ „Im Frühjahr 1943 automatisierten wir eine ballistische Berechnung, die uns vom Heereswaffenamt gegeben war... Wir hatten großen Spaß gefunden an der Automation des Rechnens, wir fanden das eine großartige Sache, und wir stellten sofort nach Beendigung dieses Auftrages einen Antrag an das Heereswaffenamt, wir möchten doch gerne prinzipiell die Automatisie-

runge des Rechnens untersuchen und Forschungsarbeit dazu leisten“ (Alwin Walther, *Elektronisches Rechnen an der TH Darmstadt*. Festvortrag vom 7. 7. 1966 anlässlich der Einweihung des Rechenzentrums der TH Darmstadt, zit. nach Peter Alles [Anm. 15], S. 39).

⁷⁴⁾ Man vergleiche hierzu etwa die offiziellen Festreden, Schriften, Erklärungen und Eingaben der Deutschen Physikalischen Gesellschaft insbesondere nach 1939 (z. B. in: Alan D. Beyerchen [Anm. 4], Karl-Heinz Ludwig [Anm. 14], Carl Ramsauer [Anm. 37]).

⁷⁵⁾ Vgl. hierzu und zum folgenden Karl-Heinz Ludwig (Anm. 14), S. 212 f. Ähnlich frühe Verbindungen zum Militär knüpften auch die Naturwissenschaftspädagogen, die damit sowohl der ideologischen Vereinnahmung ihrer Fächer als auch einer drohenden Minderung ihres Stundenanteils (mit Erfolg) zu begegnen versuchten. Vgl. hierzu Rainer Brämer/Armin Kremer, *Physikunterricht im Dritten Reich*, Marburg 1980; Rainer Brämer, *Platz an der Sonne — Naturwissenschaft in der nationalsozialistischen Schule*, in: Rainer Brämer (Anm. 11), S. 103 ff.; Armin Kremer, *Naturwissenschaftlicher Unterricht und Standesinteresse*, Marburg 1985.

dentem des Reichsforschungsrates — derselbe Becker, der zuvor als ordentlicher Professor für Wehrtechnik und Mitglied der preußischen Akademie der Wissenschaften Dekan der Berliner Wehrwissenschaftlichen Fakultät und später Chef des Heereswaffenamtes war. Nachfolger des Deutschphysikers Johannes Stark in der Präsidentschaft der Forschungsgemeinschaft wurde der SS-Brigadeführer Rudolf Mentzel, der sich zuvor mit einer Arbeit über Wehrchemie habilitiert hatte.

Karl-Heinz Ludwig hat die zunehmende Verflechtung vor allem der technischen Wissenschaften, aber auch der Physik und Chemie mit dem Rüstungswirtschaftlichen und militärischen Apparat bis ins Detail nachgezeichnet. So chaotisch dieser Prozeß im Widerstreit der bürokratischen und politischen Kräfte auch gelaufen sein mag, von wissenschaftlicher Seite aus gab es dabei jedenfalls keine nennenswerten Probleme und Widerstände, nicht selten war man sogar mit seinen Ideen und Plänen den technisch-organisatorischen Realisierungsmöglichkeiten weit voraus. Das galt insbesondere auch für das in der Literatur wohl meistdiskutierte deutsche Rüstungsprojekt, den versuchten Bau einer deutschen Atombombe⁷⁶). Hier war es das zweifelhafte Verdienst der Naturwissenschaftler, die der gerade erst entdeckten Kernspaltung innewohnenden Massenvernichtungsmöglichkeiten nicht nur sofort erkannt, sondern den eher konservativen Militärs in mehreren Anläufen auch geduldig auseinandergesetzt zu haben. Ähnlich wie in den USA mußten sich die Naturwissenschaftler die Möglichkeit, die Kern- als Kriegsphysik ausbauen zu dürfen, auch in Deutschland erst mühsam erkämpfen⁷⁷).

Daß es dem deutschen Uranverein unter dem Deckmantel der Kriegswichtigkeit primär um die friedliche Verwendung der Kernenergie ging, wie das später gelegentlich behauptet worden ist⁷⁸), läßt sich angesichts der vorliegenden Dokumente nur schwer halten. Auch daß man die Dinge bewußt in die Länge gezogen habe, um dem Nationalsozialismus nicht die Bombe in die Hand zu geben, dürfte eher eine nachträgliche Zweckbehauptung sein⁷⁹). Die Situation war wohl viel-

⁷⁶) Exemplarisch: Robert Jungk, Heller als tausend Sonnen — Das Schicksal der Atomforschung, Reinbek 1956; David Irving, Der Traum von der deutschen Atombombe, Gütersloh 1967; Wilhelm Bittorf, Eine Warnung vor dem jüngsten Gericht, in: Der Spiegel (1985) 31.

⁷⁷) Siehe z. B. Herbert Mehrtens (Anm. 63), S. 11, David Irving (Anm. 76), S. 36, oder auch Armin Kremer, Forschung als Herausforderung — Der Bau der ersten Atombombe und die Interessen der Naturwissenschaftler, in: Soznat, 8 (1985) 3, S. 76 ff.

⁷⁸) Vgl. hierzu insbesondere die von Armin Hermann (Anm. 14) ausgewertete biographische Literatur.

⁷⁹) Siehe Anm. 76.

mehr die: Nachdem der Theorieboom der zwanziger Jahre schon zu Beginn der dreißiger Jahre abgeflaut war und dann durch die massenhafte Emigration führender Theoretiker endgültig beendet schien, bot die Entdeckung der Kernspaltung durch Hahn und Meitner die unvermutete Chance eines neuen, kaum weniger ruhm- und nobelpreisträchtigen Theorieschubs. Hier wollte jeder der erste sein, doch diesmal war die ausländische Konkurrenz den deutschen Physikern — nicht zuletzt infolge des wissenschaftlichen Kräftetransfers — durchaus gewachsen. In dieser Situation war jedes Mittel recht, um an Geld und Forschungseinrichtungen zu kommen. Da man mit der Kriegsforschung bislang noch kaum moralische Probleme gehabt hatte, mußte das Uranprojekt als einmalige Chance für die Mobilisierung der notwendigen Mittel und Kräfte erscheinen.

Analoges dürfte im übrigen auch für das Atombombenprojekt der Amerikaner gelten, das indes ungleich besser als der deutsche Uranverein ausgestattet war. Wenn in diesem Zusammenhang die Besorgnisse vor allem der emigrierten deutschen Atomwissenschaftler über die Möglichkeit einer nationalsozialistischen Atomwaffe als Auslöser für deren Einsatz für die US-Bombe angeführt werden, so dürfte das wohl für einen Albert Einstein, kaum aber für die treibende Physikermehrheit zutreffen, der es hüben wie drüben primär um die sich abzeichnende Chance der Etablierung eines historisch noch nicht dagewesenen „big science“ ging. Und daß diese neue Art der organisierten Großforschung schließlich Erfolg hatte, war vielen Beteiligten selbst im Angesicht der Hiroshima-Katastrophe wichtiger als alles andere⁸⁰).

Umgekehrt ist die Erfolglosigkeit der deutschen Mannschaft um Heisenberg wohl vor allem eine Folge ihrer wesentlich schlechteren Ausstattung und Arbeitsbedingungen und vielleicht auch, wie Alan Beyerchen vermutet, das Ergebnis unzureichender experimenteller und technisch-physikalischer Kompetenzen, deren Vernachlässigung durch die theoretisch orientierte deutsche Physik der zwanziger Jahre sich jetzt rächte. Unabhängig von Erfolg oder Mißerfolg macht das Uranprojekt indes besonders deutlich, was damit gemeint war, wenn unter deutschen Naturwissenschaftlern augenzwinkernd nicht mehr nur von der „Forschung im Dienst des Krieges“, sondern vom „Krieg im Dienst der Forschung“ die Rede war⁸¹). Mit einer spezifischen Mischung aus politischer Ignoranz und menschenverachtendem Ehrgeiz sah man in der nationalsozialistischen

⁸⁰) Jost Herbig, Kettenreaktion — Das Drama der Atomphysiker, München 1976; Friedrich Wagner, Die Wissenschaft und die gefährdete Welt, München 1964.

⁸¹) Herbert Mehrtens (Anm. 63), S. 11.

Hochrüstung vor allem „die goldene Gelegenheit . . ., selbst mitten im Krieg die Vorherrschaft auf dem Gebiet der reinen Wissenschaft wiederzugewinnen“⁸²).

Dabei konnte die Kriegswichtigkeit der Forschung allerdings nicht nur Vorwand bleiben, wie es nachträglich von den Beteiligten gern suggeriert wird. Allein um immer wieder mit Erfolg die notwendigen finanziellen Mittel für die Forschungsarbeit locker zu machen, mußte man angesichts der knappen Kriegshaushalte schon auch sehr konkret verwertbare Ergebnisse vorzuweisen haben. Es habe sicherlich nicht an den deutschen Wissenschaftlern gelegen, wenn die deutsche der ausländischen Kriegstechnik letztendlich nicht gewachsen gewesen sein, resümierte denn auch Carl Ramsauer, Vorsitzender der Deutschen Physikalischen Gesellschaft, in verhaltenem Stolz die Erinnerung an den „restlosen Einsatz“ seiner Kollegen⁸³).

Tatsächlich sahen sich die mit sinkenden Chancen auf den Endsieg immer wichtiger werdenden Wissenschaftler denn auch bald zu „Helden an der geistigen Front“ mystifiziert, von deren C-, U-, V- usw. Waffen man allein noch die Abwendung des drohenden Unterganges erwarten konnte. Nachdem Stalingrad die militärisch problematische Situation der deutschen Wehrmacht endgültig vor Augen geführt hatte, machte sich sogar Goebbels persönlich für die Wissenschaft stark. „Erst als die hohen Führer erkannten, daß sie ohne die Wissenschaft den Krieg verlieren mußten, bemühte man sich, zwischen Partei und Wissenschaft Frieden zu schließen, und zwei Wochen vor dem berühmten Bittgebet des Propagandaministers in Heidelberg erschien in dem geheimen Anweisungsblatt seines Ministeriums die Verfügung ‚Die Wissenschaft ist bei jeder sich bietenden Gelegenheit zu loben.‘“⁸⁴) Auch in einer Aktennotiz des Amtes Rosenberg war von der Gewährleistung der „Freiheit der Wissenschaft“ die Rede, während zugleich jenen „schwächeren Kräften“, die sich „mit der Autorität des Nationalsozialismus bekleidet“ und „wertvollere Kräfte“ beeinträchtigt hätten (hiermit waren die Deutschphysiker gemeint), eine offene Absage erteilt wurde⁸⁵).

⁸²) David Irving (Anm. 76), S. 306.

⁸³) Nach Herbert Mehrrens (Anm. 63), S. 10, ähnlich auch: Größe und Verfall der deutschen Wissenschaft im Zweiten Weltkrieg, in: NN, Bilanz des Zweiten Weltkriegs, Oldenburg 1953, S. 251 ff. (nach Herbert Mehrrens [Anm. 22], S. 62).

⁸⁴) O. Hahn/H. Rein, Einladung nach USA, in: Physikalische Blätter, 3 (1947) 2, S. 33 ff.; zum hier erwähnten Heidelberger „Bittgebet“ siehe Anm. 87.

⁸⁵) Leon Poliakov/Josef Wolf (Hrsg.), Das Dritte Reich und seine Denker, München 1978, S. 99 (zit. nach Herbert Mehrrens [Anm. 22], S. 51).

Diese späte Wende in der nationalsozialistischen Wissenschaftspolitik ist zweifellos kaum das Ergebnis höherer Einsicht, als vielmehr allein eine Folge der kriegerischen Potenzen von Naturwissenschaft und Technik. Daß sich angesichts der drohenden Niederlage allerdings gerade die propagandistischen und ideologischen Führungsspitzen des Regimes so vehement für die Wissenschaft stark machten, ist womöglich kein Zufall. Folgt man der in diesem Punkte besonders detaillierten Analyse Ludwigs, so gründeten die weitverbreiteten Wunderwaffen Hoffnungen der „Endsieg“-Agonie lediglich auf einem geschickt geführten (und z. T. bis heute wirksamen) Mythos, dem die realen Möglichkeiten der naturwissenschaftlich-technischen Rüstungsforschung im Chaos der letzten Kriegsjahre auch nicht im entferntesten entsprachen. Ihre unvermittelte Rehabilitation dürften die Naturwissenschaftler daher nicht nur ihrem tatsächlichen Einsatz an der „Forschungsfront“, sondern auch ihren ideologisch-propagandistischen Untermauerungspotenzen für die Durchhalteparolen des NS-Regimes verdanken. Ludwig kommt in diesem Zusammenhang zu dem Schluß: „1944/45 verlängerten die politischen Machthaber ihre Überlebenszeit nicht zuletzt dadurch, daß sie der Bevölkerung (und vielleicht sogar sich selbst, R. B.) die Existenz einer Trumpfkarte der Technik vorgaukelten“; im Rahmen dieser „Täuschungsmaßnahmen erhielt auch die wissenschaftliche Forschung eine letzte regimestabilisierende Funktion“⁸⁶).

So war es denn auch der Propagandaminister der zu einer Zeit, als wegen Materialmangels die meisten wissenschaftlichen Zeitschriften (wie u. a. auch die Blätter der „Deutschen“ Naturwissenschaftler) eingestellt werden mußten, den Fachphysikern durch Abtretung der notwendigen Papierkontingente die Herausgabe eines neuen Selbstverständnisorgans, der „Physikalischen Blätter“, ermöglichte⁸⁷). In offenkundiger Distanz zur nationalsozialistischen Ideologie bereiteten sich hier die Physiker von 1944 an auf die potentiellen Nachkriegsaufgaben ihrer Wissenschaft vor — so als könne man angesichts von zwölf Jahren Nationalsozialismus, sechs Jahren Krieg und Abermillionen, nicht zuletzt unter Zuhilfenahme wissenschaftlich-technischen Erfindungsreichtums, hingeschlachteter Opfer einfach wieder zur Tagesordnung übergehen. Gewiß, vordergründig hatten sich die Naturwissenschaftler

⁸⁶) Karl-Heinz Ludwig (Anm. 14), S. 255.

⁸⁷) Im ersten Heft der Physikalischen Blätter findet u. a. der Text jener Rede, mit der Goebbels im Juli 1943 vor der Heidelberger Universität die Wende der nationalsozialistischen Forschungspolitik öffentlich begründete (Reichsminister Dr. Goebbels, Wissenschaft und Forschung in ihrer Stellung im Dritten Reich, in: Physikalische Blätter, 1 [1944] 1/2, S. 20f.).

nicht die Finger schmutzig gemacht, weder in der Ideologie, noch bei der „Endlösung“, noch auf dem Schlachtfeld; „aber was heißt es wirklich,

wenn man mit dem deutschen Faschismus politisch nichts im Sinn hat, wirtschaftlich und militärisch aber keinen Dissens verspürt?“⁸⁸⁾

VII. Resümee

Als dann schließlich das Scherbengericht über Deutschland hereinbrach und auch die Wissenschaft nicht verschonte, verstand man dort die Welt nicht mehr. Vor allem der von alliierter Seite erhobene Vorwurf, daß die deutschen Wissenschaftler mit ihrem kriegsforscherischen Engagement nicht einfach nur partiotisch gehandelt, sondern „in ihrer Gesamtheit für Himmler und Auschwitz gearbeitet“ hätten, wurde als „ungeheuerlich“ empfunden⁸⁹⁾. Doch der Stachel saß. Nachdem während zweier Weltkriege sich kaum jemand genötigt sah, auf die ethische oder gar politische Problematik der Kriegsforschung nennenswerte Gedanken zu verschwenden, war man auf einmal heftig bemüht, den zuvor so engagiert und erfolgreich geführten Nachweis der eigenen Kriegswichtigkeit — noch 1944 war eigens zu diesem Thema ein komplettes Themenheft der *Physikalischen Blätter* erschienen⁹⁰⁾ — nunmehr als bloßes taktisches bzw. erzwungenes Manöver herunterzuspielen. Dabei scheute man sich nicht, z. T. genau jene Argumentationsmuster (wie z. B. den Verweis auf die ausländische Konkurrenz, den Sabotagevorwurf oder das Eintreten für die Rückberufung junger Wissenschaftler von der Front) zu seinen eigenen Gunsten zu wenden, mit denen man noch kurz zuvor die Kriegswichtigkeit der naturwissenschaftlich-technischen Forschungsförderung herausgestrichen hatte⁹¹⁾.

Auf der subjektiven Ebene wird man derlei zweifelhaften Entlastungsversuchen vielleicht noch nicht einmal eine gewisse Glaubhaftigkeit absprechen können. Aber wie sehr man sich in derlei Situationen auch immer auf die angebliche Wertfreiheit der Wissenschaften zu berufen pflegt — selbst die „exakten“ Wissenschaften ste-

hen nun einmal nicht außerhalb von Geschichte und Gesellschaft. Und sollen die Wissenschaftler nicht zu jenem „Geschlecht dienstbarer Zwerge“ verkümmern, als welches Bertolt Brecht sie in seinem „Leben des Galilei“ — nicht zuletzt in Erfahrung der Weltkriege — apostrophiert hat, dann müssen sie sich der Frage nach dem „warum“ und „für wen“ und im Zweifelsfall auch nach dem „ob überhaupt“ in jeder historischen Situation neu stellen.

Für wen aber, wenn nicht für die tragenden Kräfte des nationalsozialistischen Regimes, waren die Naturwissenschaften des Dritten Reiches wichtig? Daß das vorgebliche „Wohl des Volksganzen“ vor allem das Wohl der Mächtigen im Dritten Reich war, daß der Nationalsozialismus ohne die Unterstützung von Militär, Wirtschaft und Wissenschaft von Anfang an nicht überlebensfähig gewesen wäre, daß man de facto als Waffenschmied einer Angriffsarmee tätig war, daß man mit seinen „Wunderwaffen“ nur die Verlängerung des Krieges gerechtfertigt und seine Opfer vermehrt hat und daß dieser Krieg nun absolut nichts mit dem Wohl des Volkes zu tun gehabt hat — das alles war selbst für einen politischen Laien schon damals zu erkennen. Man mußte schon alle Register der Verdrängung ziehen, um in einem von Anfang an auf den Krieg zusteuernden System die Kriegsforschung für einen gangbaren, ja ehrenhaften Ausweg aus der Gefahr der Verstrickung in den Nationalsozialismus zu begreifen.

Indem man das Gespenst der „Deutschen Physik“ mit der Formel von der Kriegswichtigkeit der Wissenschaft (erfolgreich) zu bannen versuchte, trieb man doch nur den Teufel mit dem Beelzebub aus. Denn ohne die faktische Kollaboration der Wissenschaft mit der faschistischen Rüstungs- und Kriegsmaschinerie, ohne ihr heimliches Komplizentum mit dem großdeutschen Expansionismus wäre die Katastrophe vielleicht früher und mit weniger Blutvergießen (nicht zuletzt auch des eigenen Volkes) zu Ende gegangen, ja vielleicht mangels Rohstoffautarkie gar nicht erst in ihr kriegerisches Stadium getreten. Das soll nun nicht heißen, daß die Naturwissenschaftler für alles Elend von Faschismus und Krieg verantwortlich gemacht werden können; doch sie haben faktisch (und zum Schluß auch ideologisch) zweifellos ein gerütteltes Maß dazu beigetragen.

⁸⁸⁾ F. Schmithals, Carl Ramsauer und das Dritte Reich, in: *Physikalische Blätter*, 36 (1980) 11, S. 345.

⁸⁹⁾ Max von Laue, Die Kriegstätigkeit der deutschen Physiker, in: *Physikalische Blätter*, 3 (1947) 12, S. 424f.

⁹⁰⁾ „Forschung auch im Krieg?“, in: *Physikalische Blätter*, 1 (1944) 8. Das Fragezeichen im Titel dieses Schwerpunktes zum Thema Kriegsforschung hat rein rethorischen Charakter, da die Titelfrage in sämtlichen Beiträgen einhellig bejaht wird.

⁹¹⁾ Die explizite Ausformulierung dieser in den *Physikalischen Blättern* der Nachkriegsjahre zwar kontinuierlich, aber eher beiläufig erfolgenden Vergangenheitsbewältigung überließ man mit Max von Laue (Anm. 89) nicht zufällig einer der wenigen anerkannten Symbolfiguren für eine aufrechte Naturwissenschaftlerhaltung im Dritten Reich.

Die Flucht hinter den Rücken zweifelhafter Bündnispartner mit dem Ziel, die materielle Existenz und ideologische Unschuld der Wissenschaft zu bewahren, entlastet keineswegs von politischer Verantwortung, sondern ist bestenfalls eine Flucht von einer Ideologie in eine andere. Dabei hat die Ideologie von der unpolitischen, wertfreien und allein dem Gemeinwohl verpflichteten Wissenschaft de facto die Funktion, sich stets mit denen verbünden zu können, die — egal in welcher Absicht — den Fortschritt und die Autonomie der Wissenschaft zu garantieren ver-

sprechen. Auf diese Weise sind Naturwissenschaft und Technik über Jahrhunderte hinweg auf der Seite der je Mächtigen immer größer und bedeutsamer geworden. Daß indes so manches Quentchen des so erkaufte Fortschritts mit einem Scheffel Kollaboration bezahlt worden ist und sich die Wissenschaft vielleicht nicht zuletzt deshalb immer mehr von einem Segen zu einem Fluch verwandelt hat, sollte gerade zu einer Zeit zu denken geben, in der wieder einmal militärische Superprojekte den Naturwissenschaftlern goldene Berge versprechen.

Manfred Funke: Universität und Zeitgeist im Dritten Reich. Eine Betrachtung zum politischen Verhalten von Gelehrten

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 12/86, S. 3—14

Bei der Machtergreifung und anschließenden Etablierung des NS-Regimes standen die meisten Professoren im Gegensatz zur Studentenschaft abseits. Die glatte und rasche organisatorische Gleichschaltung der Universitäten bewirkte zwar hier und dort eine häufig opportunistisch geprägte Selbstgleichschaltung, doch ist sie nicht als allgemeine Nazifizierung des akademischen Geisteslebens zu deuten. Bis in den Krieg hinein war daher die nur periphere Unterstützung der Gelehrten Grund für offizielle Vorwürfe. Gleichwohl bewirkten Nationalismus, Militarismus und Antisemitismus im Sinne ideologischer Teilkongruenzen einen Brückenschlag zwischen den neuen Eliten und den alten kulturpolitischen Meinungsführern.

Wohl in erster Linie waren es die Germanisten, die sich für die Entfaltung des Mythos von „völkischer“ Gemeinschaft und Sendung dienstbar erwiesen. Intelligenz- und Stellenneid sowie das latente antijüdische Gesellschaftssyndrom verhinderten eine gemeinsame humanistische Abwehrfront gegen die Vertreibung und Berufsverbote „nichtarischer“ und unbequemer Kollegen. Die Diktatur Hitlers mit ihrer „Religion des Erfolges“ (C. F. von Weizsäcker) ließ Renitenz nicht zum organisierten Widerstand an den Universitäten anwachsen. Während des Krieges lähmten das patriotische Ethos und die genau darauf zielende appellative Suggestion des Regimes in Verbindung mit Antibolschewismus und dem Trauma der „Bedingungslosen Kapitulationsforderung“ die Opposition innerhalb der Universitäten ebenso wie in der Gesellschaft schlechthin. Der militärische Widerstand fand unter den Gelehrten nur eine marginale Unterstützung.

Rainer Brämer: Heimliche Komplizen? Zur Rolle der Naturwissenschaften im Dritten Reich

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 12/86, S. 15—30

Auf den ersten Blick scheinen die „exakten Naturwissenschaften Physik und Chemie zu jenen wenigen akademischen Disziplinen zu gehören, die sich auf keinerlei Kollaboration mit den Nationalsozialisten eingelassen hatten. Man war zwar nicht direkt im politischen Widerstand aktiv gewesen, hatte sich aber mit großer Hartnäckigkeit und schließlich mit Erfolg gegen alle ideologischen Vereinnahmungsversuche von seiten der sogenannten „Deutschen Physik“ zur Wehr gesetzt.

Der bis heute noch die Erinnerungen der Beteiligten beherrschende Kampf gegen die nationalsozialistische Politisierung der Physik wirft angesichts der Terrorpraxis der Nationalsozialisten allerdings die Frage nach den Gründen für seinen Erfolg auf. Wie war es möglich, den speziell gegen die theoretische Physik als damals führende naturwissenschaftliche Teildisziplin gerichteten Vorwurf der „jüdischen Prinzipienlosigkeit“ innerhalb von nur zehn Jahren in das öffentliche Bekenntnis der nationalsozialistischen Machthaber zur Freiheit der Wissenschaft zu verwandeln?

Anhand neuerer wissenschaftshistorischer Studien läßt sich zeigen, daß dies nur auf der Basis einer Standespolitik gelingen konnte, die von Anfang an konsequent auf die scheinbar unpolitischen Bündnispartner Großindustrie und Wehrmacht setzte. Indem man sich bei diesen materiellen Trägern der nationalsozialistischen Autarkie- und Expansionspolitik unter dem Signum der „Kriegswichtigkeit“ immer unentbehrlicher machte, konnte man alle ideologischen Angriffe auf die Autonomie der Wissenschaft mit dem Vorwurf der Sabotage abwehren. Angesichts der Tatsache, daß der „restlose Einsatz“ der exakten Wissenschaften für die Kriegsforschung lediglich zur Verlängerung des Krieges und der damit verbundenen millionenfachen Leiden beigetragen hat, stellt sich allerdings die Frage, ob sich die politisch so unschuldig erscheinenden Naturwissenschaftler nicht doch einer faktischen Komplizenschaft mit der nationalsozialistischen Herrschaft schuldig gemacht haben.